

Die „Volkswacht für
Schlesien, Posen und
die Nachbargebiete“ ist
durch unsere Expedition,
Weißgerbergasse 64, durch
die Post u. durch Colporteurs
zu beziehen.

Preis vierteljährlich M 2.50,
pro Woche 20 4

VOLKSWACHT

Die „Volkswacht für
Schlesien, Posen und
die Nachbargebiete“ er-
scheint wöchentlich 6 Mal.
Der Insertionspreis für die
5 gespaltene Zeile beträgt
20 4

Postzeitungsliste
Nr. 5540.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Theil: Fritz Kunert in Breslau, Wilhelm-Platz 1.

2. Jahrgang.

Sonnabend, den 18. April 1891.

Nr. 90.

Parteilosen!

Gedenket des mit dem Mai kommenden Arbeiter-
feiertages!

Gedenket der Erklämpfung des Achthunderttages!
Gedenket der Pflicht und rüftet Euch!

Von der Bedürfnislosigkeit.*)

Der Herrgott hat doch sonderbare Kostgänger auf
dieser unserer buckeligen Erdbugel. Zu diesen zählen
wir unter vielen anderen auch jene freisinnigen und
fortschrittlichen Zeitungsschreiber unseres Landes, welche
von Zeit zu Zeit gar eindringlich und beweglich das
Evangelium von der Bedürfnislosigkeit predigen, natürlich
anderen Leuten, nicht sich selbst, und selbstverständlich
nicht denen, die in Zylinder und Glocehandschuhen
einhergehen, sondern denjenigen, deren Speisezeitel sich
höchstens zu Schülblingen und Bratwürsten versteigt.

Ist da z. B. legihm im Berliner „Vorwärts“,
dem Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen
Partei, ein Artikel erschienen, der sich mit der Frage
beschäftigte, wie man die Landarbeiter für die Sozial-
demokratie gewinnen könne. Flugs schreiben Schweizerische
Redaktionen, die das betreffende Blatt gar nicht halten,
den fraglichen Artikel also nicht selbst gelesen haben,
einigen deutschen Blättern ab, was diese gegen den
Artikel des „Vorwärts“ vorzubringen haben.

Die Pflicht, einen Artikel, gegen den man etwas
brüllen lassen will, doch zuerst einmal selbst zu lesen,
ergibt, wie es scheint, für die liberalen Herren nicht.
Ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, die
sie in gegnerischen Zeitungen finden, genügen diesen
Republikanern vollständig, ausländischen Monarchisten
nachzuschreiben, was dieselben veröffentlichten.

Würden sie den „Vorwärts“ halten, so hätten sie
sich überzeugt, daß derselbe, bei aller Uebereinstimmung
in den Grund- und Hauptfragen, im einzelnen ver-
schiedene Ansichten zum Wort kommen läßt. Und
hätten sie speziell den fraglichen Artikel gelesen, so
würden sie gesehen haben, daß die Redaktion in einer
Anmerkung ausdrücklich erklärt hat, sie sei mit den
Ausführungen des Einsenders nicht in allen Punkten
einverstanden.

Doch solche Kleinigkeiten geniren große Geister
nicht, und so werfen sich denn die Herren mit Wucht
auf einige Stellen des betreffenden Artikels.

Sie entlegen sich z. B. darüber, daß u. a. gesagt
wird, die Religion dürfe man dem Landarbeiter gegen-
über nicht antasten, brauche aber deswegen durchaus
nicht besonders säuberlich umzugehen mit dem Herrn
Pfarrer, denn der Bauer wisse sehr wol zu unter-
scheiden zwischen Religion und Pfarrer.

Darob schlugen unsere liberalen Gottesmänner ihre
feinen Hände über dem Kopfe zusammen. Aber, meine
Herren, warum denn? Habt ihr nicht selbst seit Jahr
und Tag verkündigt — und wir sind damit ganz ein-
verstanden — daß Religion und Pfarrer nicht dasselbe

seien, daß man den Herren Geistlichen nicht in allem
zu gehorchen brauche und dennoch ein guter Christ sein
könne, daß man denselben sogar unter Umständen recht
entschieden entgegentreten dürfe, ohne deswegen die
Religion zu bekämpfen, ja daß man eben aus Religion
etwa den Pfarrern den Gehorsam kündigen müsse?

Und wenn ihr über religiöse Dinge anders denkt
als die Großzahl eurer Mitbürger, fühlt ihr euch denn
verpflichtet, die eurer Ansicht nach irrigen Anschauungen
derselben immer und überall zu bekämpfen? O, nein,
ihr wißt ganz gut, daß das ebenso unrichtig als unklug
wäre, daß ihr damit Niemandem befehrt, wol aber
euch selbst schadet, und laßt daher, wo es nicht nötig,
wo es nicht Gewissenspflicht ist, die religiösen Fragen
hübsch aus dem Spiel.

Wenn ihr es aber tun dürft, sollte es denn den
Sozialdemokraten verboten sein?

Oder möchtet ihr die Sozialdemokraten etwa zu
Vorarbeiten verleiten, um hernach die Wafler auf eure
Mühlen leiten zu können.

Eine andere Stelle, auf welche unsere liberalen
Zeitungsschreiber mit Fingern hinweisen, ist die, welche
davon spricht, daß im ländlichen Arbeiter die gleichen
Bedürfnisse geweckt werden müßten, welche der städtische,
der industrielle Arbeiter habe.

Und da werden nun natürlich von dem Uebel der
Begehrlichkeit der Massen und der Tugend der Be-
dürfnislosigkeit große Worte gemacht.

Man mißverstehe uns nicht.

Wenn ein überzeugter Anhänger des Alten die
Bedürfnislosigkeit der früheren Geschlechter preist, so
wissen wir zwar, daß er sich in einem geschichtlichen
Irrtum befindet, weil immer und zu allen Zeiten die
Väter und Mütter als die Einfachen und Bedürfnis-
losen, die Söhne und Töchter dagegen als die An-
spruchsvollen und Begehrlichen geschildert worden sind.
Aber wir begreifen solche Ansichten in solchem Munde,
da sie der Ausfluß der ganzen Welt- und Lebens-
anschauung desselben sind, mit welcher sie in völligem
Einklange stehen.

Etwas anderes ist es dagegen, wenn ein Liberaler,
ein Anhänger des Fortschritts, so spricht, weil er sich
damit in Widerspruch setzt mit seinen Grundsätzen.

Als Mann des Fortschritts muß er wissen, daß
unsere ganze Kultur und Zivilisation auf den steigenden
Ansprüchen des Menschengeschlechts an das Leben be-
ruht. Die Vergangenheit mit ihrer auf Unwissenheit
und Unvermögen beruhenden, erzwungenen und daher
moralisch durchaus wertlosen Bedürfnislosigkeit kann,
ihrer ganzen Welt- und Lebensanschauung nach, so
wenig das Ideal der Liberalen sein, als das der
Sozialdemokraten. Dasselbe kann vielmehr nur in der
Zukunft liegen, in den erhöhten und veredelten Be-
dürfnissen der kommenden Geschlechter und der Möglich-
keit allseitiger Befriedigung derselben.

Wir möchten den Zeitungsschreiber einmal sehen,
der seinen Mitmenschen die Bedürfnislosigkeit so eifrig
anpreist, wenn man ihm zumuten wollte, nach seinen
Worten zu leben, wenn man ihn, mitten aus dem
Leben der Gegenwart heraus, in die gelobte Ver-
gangenheit zurücksetzen und da in die äußern Lebens-
verhältnisse stellen wollte, in welchen damals nicht etwa
die unteren Schichten des Volkes, sondern die
herrschenden Klassen lebten. Sein rein theoretischer, zu-
dem absolut unüberlegter Enthusiasmus für die gute
alte Zeit wäre sofort hin.

Und auch den möchten wir sehen, der sich zu-
frieden gäbe mit der Existenz der großen Masse unserer
städtischen oder gar unserer ländlichen Arbeiter. Ach,
es läßt sich gar schön philosophiren über die Tugend
der Bedürfnislosigkeit, wenn man in gut gewärmter
Stube, mit sattem Magen, anständig gekleidet, in ver-
hältnismäßiger gesicherter Stellung, umgeben von
blühenden Kindern, durch hohe Fenster hinausguckt in
die sonnenbeschienene Landschaft.

Dem braven Hausvater aber, der in strenger, vom
Morgengrauen bis ins Dunkel der Nacht während
Arbeit nicht so viel verdient, daß er sich und die
lieben Seinen anständig ernähren und kleiden, ihnen
eine freundliche Wohnung mieten, eine den Anforde-
rungen der Gegenwart entsprechende Erziehung geben
kann, der zudem beständig vor jedem Krankheitsfall,
vor Arbeitslosigkeit und Verdienstmangel zittern muß,
dem klingt das Wort von der Bedürfnislosigkeit wie
Spott und Hohn.

Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse.

III.

Schlechtes „Material“.

Daß indeß des Leben ungemischte Freude keinem
Sterblichen zu Teil wird, mußte auch Herr Fritz Kühne-
man erfahren. Denn schmerzliche Erfahrungen waren
es, die den genannten Herren unter'm 26. August 1890
zur Versendung des nachfolgenden Zirkulars veran-
laßten:

Zunächst gestatten wir uns, Sie von der Neu-
konstituierung der Vertrauenskommission und der
Abteilungs-Vorstände in Kenntnis zu setzen, und be-
lieben Sie das Nähere hierüber aus der beiliegenden
Anlage zu entnehmen.

(Dieselbe fehlt. Die Herausgeber.)

In der außerordentlichen Generalversammlung
vom 21. d. M. wurde zur Kenntnis der Mitglieder
gebracht, daß der Arbeits-Nachweisstelle mitgeteilt
worden ist, es würde nunmehr von Seiten der von
uns als Agitatoren bezeichneten Arbeitnehmer ein
massive Klage gegen uns geführt werden. In der
That ist eine solche Klage bereits gegen ein Mitglied
eingebracht worden und zwar von einem der
wüthendsten Agitatoren, der vor dem 1. Mai bereits
die Arbeit niederlegte, am 10. Mai nicht wieder an-
genommen wurde und nun auf vierwöchentliche Lohn-
zahlung klagt mit der Angabe, sein früherer Arbeit-
geber hätte bewirkt, daß er in Berlin keine Arbeit
mehr bekäme. Bei der prinzipiellen Wichtigkeit dieser
Frage beschloß die General-Versammlung, die in
dieser Richtung an die Verbands-Mitglieder heran-
treibenden Klagen als Verbandsangelegenheit anzu-
sehen, und dieselben als solche durch die Vertrauens-
Kommission durchzuführen zu lassen. Sollten daher
Verbands-Mitglieder in oben berregte Lage geraten,
so ersuchen wir, hiervon der Vertrauens-Kommission
unter Darlegung des Sachverhalts umgehend Mit-
teilung zu machen und dieselbe zur weiteren Ver-
folgung der Sache zu ermächtigen.

Bei Prüfung der, mittels Rundschreibens vom
24. Juli zur Versendung gelangten Agitatorenliste

*) Dieser Artikel ist dem demokratischen „St. Galler
Stadt-Anzeiger“ entnommen. Indem wir ihn wiedergeben,
konstatieren wir unser Einverständnis mit demselben und
weisen gleichzeitig auf die grundsätzliche Auffassung dieser
Frage in der deutschen liberalen Presse hin, von welcher die
Anschauung des demokratischen „St. Galler Stadt-Anzeiger“
vorteilhaft absteht.

hat sich herausgestellt, daß dieselbe einmal nicht mehr als durchaus zutreffend angesehen werden kann, und daß es sich andererseits wol auch empfehlen dürfte, mit dem 1. Oktober eine gewisse Amnestie für einen Teil der bisher gesperrten eintreten zu lassen. Dem dahingehenden Antrage der Vertrauenskommission ausgesprochen beschloß die Generalversammlung denn auch, daß

1. für die Zukunft jedes Mitglied allein nicht mehr berechtigt sein solle zu bestimmen, wer auf die Agitatorenliste zu setzen ist, daß vielmehr außer dem genauen Rational eine spezialisierte Begründung der Tätigkeit des betreffenden Agitators gegeben werden müsse und daß der Vertrauenskommission das Recht einzuräumen ist, diese Begründung zu prüfen und zu bestimmen, ob der Arbeiter auf die Liste zu setzen ist; ferner

2. am 1. Oktober d. J. den bis jetzt gesperrten im Allgemeinen eine Amnestie zu gewähren ist — daß nur diejenigen Arbeiter auf die neu anzufertigende Agitatoren-Liste kommen sollen, für welche solches unter genauer Begründung von dem Arbeitgeber beantragt wird. Diejenigen Arbeiter, über welche dergleichen Anträge nicht eingehen, werden in der neuen Liste nicht geführt werden.

Ferner wurde durch die General-Versammlung den Antrage der Vertrauens-Kommission entsprechend beschlossen, daß

1. Die Beiträge für den Gesamtverband sowohl als auch für den Verband Berliner Metall-Industrieller von sämtlichen, in einem Betriebe beschäftigten Arbeitern (einschließlich Lehrlinge, ausschließlich weibliche Personen) zu berechnen seien, sowie daß ferner

2. auch für diejenigen Arbeiter (einschließlich Lehrlinge, ausschließlich weibliche Personen) der Betrag von 25 Pf. zu zahlen ist, welche ohne Vermittlung der Arbeits-Nachweisstelle, also nach § 10 der Satzungen in ausnahmeweisen Fällen in einen Betrieb eingestellt, und dann der Nachweisstelle durch Angehörigen angemeldet worden sind.

Zur Gründung des Beschlusses ad 1 sei darauf hingewiesen, daß die Beiträge sich nach der Größe des Betriebes richten müssen und daß diese durch alle beschäftigten Kräfte — auch durch die der Lehrlinge — barge stellt wird; zu dem Beschlusse ad 2 aber bemerken wir, daß ein sehr wesentlicher Teil der Lasten der Arbeits-Nachweisstelle durch die Gesamtheit getragen wird, woraus allein sich obiger Beschlusse rechtfertigt.

Von verschiedenen Seiten sind Klagen über die technische Fertigkeit und über die Solibität der von der Arbeits-Nachweisstelle überwiesenen Arbeiter eingelaufen. Indem wir die Berechtigung dieser Klagen teilweise anerkennen müssen, können wir doch nicht umhin, wiederholt auf das in dieser Hinsicht in unserem Rundschreiben vom 24. Juli Gesagte hinzuweisen und erlauben uns hinzuzufügen, daß die Arbeits-Nachweisstelle eben nur über dasjenige Material zu verfügen vermag, welches sich ihr anbietet. Daß dieses Material zum Teil nicht das

Beste sein wird, ist wol selbstredend; die guten Arbeiter sind eben fast ausnahmslos in festen Händen. Nach wie vor wird jedoch unsererseits Alles geschehen, um allmählig das schlechteste Material soweit irgend angängig auszumergen, und die durch die Praxis stets wachsende Erfahrung der Angehörigen der Nachweisstelle wird, wie wir mit Bestimmtheit hoffen, im Verein mit möglichst strenger Prüfung des Vorlebens der sich Meldenden allmählig die berechtigten Beschwerden mehr und mehr verschwinden machen. Wir bitten, uns in diesen unseren Bestrebungen zur Ausschcheidung schlechter Elemente dadurch unterstützen zu wollen, daß Sie unsere Arbeits-Nachweisstelle stets umgehend davon benachrichtigen, wenn ein Arbeiter sich als renitent, dem Trunke ergeben, arbeitscheu oder vollkommen untauglich ausweist. Zu diesem Zweck wollen Sie sich gefälligst einer der beigefügten „Mitteilungen“ bedienen.

Zum besseren Verständnis und zur Illustration der Ausführungen des Zirkulars mag die nachstehende Zuschrift an die Arbeits-Nachweisstelle dienen:

W. Dette u. Co. Berlin S., d. 14. 11. 90.
Lampen- u. Fabrik. Grimmstraße 99.

An die Arbeits-Nachweisstelle des Verbandes Berliner Metallindustrieller. Hier.

Anbei behändigen wir Ihnen 8,75 M. in Marken, womit Sie Ihre Rota vom 1. cr. gest. begleichen wollen.

Um auf Ihr Zirkular vom 29. zurückzukommen, bemerken wir, daß wir den Arbeitsnachweis nach Möglichkeit benützt, aber leider sehr ungünstige Erfahrungen damit gemacht haben, was Sie schon daraus ersehen können, daß wir von den sämtlichen Arbeitern, welche wir durch die Arbeits-Nachweisstelle bekommen haben, nur noch einen einzigen in Arbeit haben und zwar einen gewöhnlicheren Arbeiter, während die Sacharbeiter sämtlich unbrauchbar waren.

Wir können nach unseren Erfahrungen den Arbeitsnachweis nur als eine durchaus verfehlte Einrichtung bezeichnen, die uns Umstände und Kosten verursacht, aber keinen Nutzen bringt.

Hochachtungsvoll
W. Dette u. Co.

Wir geben wiederholt die Versicherung, daß wir Alles anbieten, diese hochwichtige Einrichtung jedem Mitgliede so bequem wie möglich zu gestalten, auf der anderen Seite aber müssen wir uns auch, namentlich für den Anfang, ein gewisses Wohlwollen, Vertrauen und tatkräftige Unterstützung erbitten.

(Hier folgt eine lange Darstellung über die Mängel und Schwierigkeiten, die mit dem Arbeits-Nachweis verknüpft sind.)

Wir erlauben uns endlich noch mitzuteilen, daß laut Beschlusse der Vertrauenskommission für die Folge von jedem, im Betrieb eines Verbandsmitgliedes etwa vorkommenden Streit sämtlichen Mitgliedern des

Verbandes durch die Arbeits-Nachweisstelle sofort Kenntnis gegeben wird.

Hochachtungsvoll!

Die Vertrauens-Kommission des Verbandes Berliner Metall-Industrieller.
Der Vorsitzende: Fritz Kühnemann.
(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Die aus militärischen Kreisen laut werdenden Stimmen für Einführung der zweijährigen Dienstzeit mehren sich. Es scheint, als ob das Eintreten des General-Leutnants von Boguslawski manchem Anhänger der bisher verpönten Abkürzung der Dienstzeit Mut gemacht habe, auch seine Meinung zu äußern. Die „Mil.-Ztg.“ sagt am Schlusse einer an die leitende Stelle gesetzten Besprechung der v. Boguslawskischen Schrift: „Sich entschlossen zur zweijährigen Dienstzeit wenden, und das nötige voll und ganz fordern — das wäre ein großer Schritt, eine an die bedeutendsten Ereignisse auf diesem Gebiet heranreichende Reform, welche sich würdig den Taten der großen Zeit Kaiser Wilhelms I. anreihen würde.“

Das Plus der weiblichen Bevölkerung gegenüber der männlichen hat sich nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung in Preußen relativ nicht weiter gesteigert. Während es nach der vorletzten Zählung 18,8 Personen unter je 1000 ortsanwesenden Personen betrug, hat sich das Verhältnis jetzt auf 18,2 Personen vermindert. Das Gesamtplus der weiblichen Personen beläuft sich jetzt auf 544,722 gegen 531,262 am 1. Dezember.

Edele Frauenfreunde sind bekanntlich die Ultramontanen. So oft die Gelegenheit Gelegenheit findet, sich mit der rechtlichen Stellung der Frauen zu befassen, glänzen die Ultramontanen durch ihren Eifer, jede Forderung zur Verbesserung der Rechtsstellung, zur Förderung der Selbstständigkeit der Frau rücksichtslos zu unterdrücken. Noch sind die Neben der Zentrumsleute gegen die Freiheit der Berufswahl und das Recht auf gründliche Bildung der Frauen in lebhafter Erinnerung. Und schon haben die Herren wieder eine neue Heldentat geleistet. Bekanntlich besteht in einigen deutschen Ländern, z. B. Bayern und Sachsen, ein wenn auch kümmerlicher Rest oder Anfang des Frauenstimmrechtes in Gemeinde-Angelegenheiten. Dasselbe steht selbständigen weiblichen Grundbesitzern zu, doch müssen sie es durch einen beauftragten „Herren der Schöpfung“ ausüben lassen. Dieses Recht sollte nach den Beschlüssen der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses auch in die preussische Landgemeinde-Ordnung eingeführt werden. Auf Antrag des ultramontanen Junker von Schalscha wurde es aber gestrichen; denn die „Frauen verstehen von diesen Dingen nichts und haben nichts dreinzureden“, meinte der Zentrumsmann. Die deutschen Frauen mögen sich bei den Ultramontanen bedanken.

Hans Dampf in allen Gassen.

Satirische Erzählung von H. Schotte.

Hans Dampf.

Die Rückkehr des berühmten Hans Dampf von der hohen Schule des Auslandes in seine Vaterstadt wird mit Recht als ein Hauptabschnitt in der Geschichte des Salenburgerischen Freistaates und, wenn man will, der gesammten europäischen Welt betrachtet. Wenigstens hielt jeder Salenburger die Angelegenheiten seines Städtchens für wichtig genug, die Aufmerksamkeit der eiferstetsten wie der nächsten Völker zu fesseln; und keiner zweifelte einen Augenblick daran, daß die leiseste Schwälerei der alten Rechtsame von Salenburg oder von Salenburgerischen Patriziern das heilige Gleichgewicht der europäischen Staaten zerrissen, und die Welt vom Ural bis zum Tajo in Feuer und Flammen setzen würde. Es ist immer gut, wenn die Bürger eines noch so kleinen Freistaates groß von sich selber denken. Um so seltener werden sie kleinlich handeln. Dem großen Rat und kleine Rat mahat nur an Donquixoterie und Gasconade. Auch liegt ja die wahre Größe eines Staates nicht im Umfang seiner Besitzungen, sondern in der Kraft und im lebendigen Geiste seiner Bewohner oder vielmehr Derer, die den Stab der Herrschaft führen. Völker sind an sich nichts als Nullen; nur die Obrigkeit ist die Zahl, welche voran steht und jenen erst Bedeutung giebt.

Hans Dampf war der Sohn des verstorbenen Bürgermeisters Peter Dampf, eines der größten Staatsmänner seines Jahrhunderts. Peters höchst, manchen

freundlicher Geist hatte niemals die Ruhe von Europa unterbrochen. An Einsichten übertraj er alle Zeitgenossen, in Urteilen war er unfehlbar, in Entscheidungen vollkommen gerecht, in witzigen Einfällen kam ihm Niemand gleich. Und dies alles aus dem einfachen Grunde, weil er die erste Magistratsperson im Staate war. Nicht was er wirklich getan hat, sondern was er noch Alles hätte tun können, müßte, sollte es beschrieben werden, ganze Folianten füllen und ihn, wo nicht über, doch neben den herrlichsten Fürsten der Weltgeschichte setzen. Er starb zu früh für Salenburgs Glück; nur die Tugenden seines Nachfolgers, Herrn Bürgermeisters Tobias Krach, konnten den gerechten, doch verichwiegenen Schmerz um den Verlust des großen Peter Dampf mildern.

Der junge Hans Dampf hatte sich auf den Schulen des Auslandes gebildet, um als Patrizier eini den ihm gebührenden Rang mit Würden einnehmen zu können. In Salenburg selbst war zwar eine gute Schulanstalt, jedoch diese nur für die Bedürfnisse der geringeren Bürgerklasse und der ärmeren Patrizierfamilien berechnet. Denn die Salenburgerischen Großen hatten schon längst begriffen, was spät erst andere Staatsmänner zum Grundjag ihrer Staatsklugheit Giste sind, welche man einem Volke beibringen könne. Europa hat den größten Teil seiner Uebel nur der Selbsterkenntnis zu verdanken. Kann diese schon in Monarchien so nachteilig sein, daß der Sekretär oft mehr als sein Minister versteht, und der Kapitän oder Lieutenant die strategischen und taktischen Sünden seines Oberfeldherrn richtig einseht, womit zugleich das

Oberste zu unterst gefehrt wird: um wie gefährlicher muß die Wirkung in Freistaaten sein!

Die Herren von Salenburg hatten daher frühzeitig schon die herrliche Einrichtung getroffen, daß jeder Volksklasse aus dem Duell der Weisheit nur eben so viel zugetropfelt wurde, als zu Lebensnotdurft und Nahrung erforderlich war. In den paar untertänigen Dörfern der freien Republik überließ man aus ange-stammter landesväterlicher Milde den Bauern das Recht, eine Schule zu haben oder nicht, und den Schulmeister zu besolden oder nicht. Natürlich fanden die Landleute mit ihrem gesunden Menschenverstande die ewig richtige Wahrheit von selbst: daß ein Bauer zum Pfluge keiner Gelehrsamkeit bedürfe. Sie erwachsen demnach in Gottesfurcht und frommer Einsicht so gut wie Andere, und wurden dabei dick und fett zu Jedermanns Verwunderung. Ueberhaupt tat sich, und mit Recht, die Regierung von Salenburg auf den blühenden Wohlstand ihres Volkes viel zu gut. Sie betrachtete das Volk wie eine ihr anvertraute Heerde, die gemästet werden sollte. Je fetter der Mann, je ansehnlicher er war. In der Stadt beobachtete man das gleiche Verhältnis. Und so kam, wie von selbst, zu Salenburg wieder eine der preiswürdigsten Staatsordnungen in Flor, die nur in China, Indien, Egypten und den berühmtesten Ländern des Orients gekannt worden ist. Nämlich der Sohn des Bauers ward wieder Bauer und konnte in Ewigkeit nichts Anderes werden; des Handwerkers Kind ward wieder Handwerker, des Predigers Sohn Prediger, des Kaufmanns Sohn Kaufmann, des Rathsherrn Sohn Rathsherr. Wer anders dachte, hieß ein unruhiger Kopf, ein D

Streithare Priester. Um das Jahr 1576 hat sich die Berliner Geistlichkeit als „ecclesia militans“ in des Wortes verwegener Bedeutung einen Namen gemacht. Daniel April schreibt nämlich an den bekannten Leonhard Thurneisser am 18. Oktober des angegebenen Jahres über die Lebensart der Berliner Prediger: „Wunder habe ich gehört, wie sich unsere Pfaffen schlugen, schelten und zanken, daß es eine Schande ist. Im St. Nikolaus-Kirche haben sie sich mit Leuchtern wollen schlagen. Die zu St. Marien haben sich auf dem Neuen Markte mit Steinen geworfen, daß man sie mit großer Mühe hat auseinanderbringen müssen, und ist ihnen allen nur um das leibliche Geld zu tun gewesen. Das sind ihre guten Exempel in dieser gefährlichen Zeit der Pest.“

Die unfrankirten Bäume, welche Fürst Bismarck aus dem Sachsenwalde gespendet, haben nach dem Urteile von Dortmunder Botanikern einen Wert von nur zehn Mark und können für diesen Preis auch aus dem Sauerlande jederzeit bezogen werden. Und dafür 24 Mark 35 Pf. Transportkosten! — Eine Warnung für Alle, den Fürsten Bismarck nicht zum Verschenken zu reizen!

Der schleichende Mord in Carow. Ein Bericht erstatter schreibt dem „Vorwärts“: Eine entsetzliche Barberei ist soeben in dem Dorfe Carow (seitwärts von Französisch-Buchholz gelegen) an die Öffentlichkeit gezogen worden. In dem genannten Dorfe, sowie in der nächsten Umgebung war es seit langem öffentliches Geheimnis, daß der geisteskranke Gasthofsbesitzer Thiemann von seiner Frau und deren Verwandten eingesperrt gehalten und himmelschreiend behandelt werde, ebenso, daß der Ortsvorsteher Kerkow, ein Onkel der Frau Thiemann, nicht allein Kenntnis von der standalösen Behandlung habe, sondern dieselbe auch billige. Thiemann ist gelernter Uhrmacher und betrieb in den ersten Jahren nach seiner Verheiratung mit seiner aus Carow stammenden Frau am Alexanderplatz in Berlin ein Uhrengeschäft, mit dem er jedoch nicht reussierte und in Konkurs geriet. Da die Schwiegermutter ihre Tochter gern in der Nähe haben wollte, so kaufte sie den Thiemann'schen Eheleuten den Gasthof zu Carow. Der Mann hatte sich erst den Verfall seines Geschäfts sehr zu Herzen genommen, mehr aber noch den Tod seines zweiten Kindes, eines Mädchens, das bald nach der Geburt an der ägyptischen Augenkrankheit erblindete, dann aber bald starb. Nun wurde er schwermütig und in diesem Zustande stieg er eines Tages in einen Schnellzug, der in Carow nicht hielt und als er seinen Irrtum bemerkte, da sprang er in der Nähe seines Wohnortes mitten in der Fahrt aus dem Zuge. Er kam äußerlich zwar mit einigen Hautabwühlungen davon, bald aber zeigten sich die Folgen des heftigen Sturzes in völliger geistiger Umnachtung. Ein später geborenes drittes Kind kam blödsinnig zur Welt. Die Frau brachte ihren Mann nun nach der Edelfichen Privat-Irrenanstalt in Charlottenburg. Nachdem aber die Diagnose auf „unheilbar“ gestellt worden war, wollte die Frau die hohen Pflegegelder sparen und nahm den Mann wieder nach Carow. Es war dies zu Anfang Oktober v. J. Der Kranke

wurde nun nach dem Hause der Schwiegermutter gebracht. Dort erhielt er ein kleines Zimmer mit eisernen Gittern vor dem Fenster, das jedoch keine Glasscheiben hatte, daher offen war. Zum Lager erhielt der Kranke eine alte, halbverfaulte Matratze und loses Stroh zum Decken. Das Essen wurde ihm an einer Stange durch das Fenster gereicht. Dabei war der Mann fast gänzlich unbekleidet und in dieser Verfassung hat er den Winter bei oft 17 Grad Kälte in dem ungeheizten, offenen und b'm eifigen Nordostwinde ausgelegten Räume zugebracht. Diese Tatsachen waren offenes Geheimnis, obwohl niemand den Kranken zu Gesicht bekam, denn auf den Hof der Schwiegermutter durfte kein Mensch außer dem Hausstande. Ein grober Knecht hatte lediglich die Aufgabe, den Hof zu bewachen und jeden Unbefugten fern zu halten. Erst im Winter konnte sich ein Fremder die Ueberzeugung von der Begründung des unlaufenden Gerüchts verschaffen. Der Steinsetzmeister S. aus B. handelte mit der Schwiegermutter um einen Stein. Bei dieser Gelegenheit kam er auf den Hof und sah den Unglücklichen in seiner schrecklichen Lage. Durch Herrn S. — der in seiner Entrüstung gar kein Hehl aus seinen Wahrnehmungen machte — erfuhr unser Gewährsmann davon, welcher sich im Interesse der Menschlichkeit entschloß, der Sache auf den Grund zu gehen. Am Freitag voriger Woche machte er sich auf den Weg nach Carow. Ein Versuch, durch Kechheit auf den Hof zu gelangen, schlug fehl, der Knecht schlug ihm die Thüre vor der Nase zu. Jetzt versuchte er es mit der List, ging in den Gasthof, ließ sich von Frau Thiemann ein Glas Bier geben, knüpfte ein Gespräch mit derselben an und erzählte, er wolle in der Gegend eine Heilanstalt für Nervenfranke errichten, ob sie wol meine, daß der Plan Erfolg verspreche. „Ach, Sie sind also Arzt?“ frug die Frau. — „Jawol, Spezialist für Nervenleidende!“ — „Ach, das trifft sich gut, ich habe auch so einen Kranken, wie lange kann der wol noch leben?“ — Das kann ich nicht ohne Weiteres sagen, da muß ich den Kranken erst sehen!“ — Die Frau ging in die Falle und führte den Pseudo-Arzt nach dem Hofe der Schwiegermutter. Es war ein schrecklicher Anblick, zum Entsetzen, der sich dort bot. Der Kranke war von Rheumatismus ganz verkrümmt und zusammengezogen, er konnte sich nur auf allen Vieren bewegen und das Aufstehen kostete ihm erschütternde Anstrengung. Seine Kleidung bestand aus einem schmutzigen Hemd, welches nur bis an die Hüften reichte und aus einem Paar alter zer-rissener Unterhosen, die wiederum nicht bis zum Hemd hinauf reichten, die Extremitäten gänzlich freilagten und von dem Kranken mit den Händen festgehalten werden mußten. Die Füße waren gänzlich nackt. Die Frau bemerkte bei dieser Gelegenheit: „Mein Mann ist noch gar nicht so sehr verrückt, er kann noch lesen!“ Bei diesen Worten zog sie ein Zeitungsblatt aus der Tasche und hielt es ihrem Manne vor, dieser las auch wirklich, wenn auch mit Anstrengung, so doch Wort für Wort, gleich darauf begann er wieder, Stroh zu essen, das er von seinem Lager nahm. Als nun der falsche Arzt Vorwürfe wegen dieser entsetzlichen, todtbringenden Behandlung machte und dabei die Frage

stellte, warum nicht wenigstens Fensterscheiben eingesetzt würden, erwiderte sie, das nütze nichts, die schlage der Kranke doch wieder entzwei. — „Warum lassen Sie alsdann nicht die Scheiben von draußen, außerhalb der Gittern anbringen?“ — Da müßte ich erst den Maurer kommen lassen und das kostet doch wieder Geld!“ — Am letzten Sonntag machte sich unser Gewährsmann wieder auf den Weg nach Carow, diesmal in Begleitung des Magistratssekretärs Sch. und des Schlächtermeisters K., die ihm als Zeugen dienen sollten. Als sie zunächst bei Frau Thiemann eintraten, war diese sichtlich erschrocken, lief schleunigst zur Mutter und als sie dann zurückkehrte, da rief sie den Fremden höhnisch zu: „So, jetzt können Sie hingehen, jetzt habe ich dafür gesorgt, daß Sie nicht auf den Hof kommen!“ Unter diesen Umständen verzichtete die Gesellschaft auf einen weiteren Versuch, den Kranken zu sehen. Statt dessen ließen sie sich von den Dorfbewohnern die Sache erzählen. Wen sie auch frugen, alle wußten Grausiges über die Behandlung des Kranken zu erzählen. Eine alte Frau erklärte: „Ach Gott, ja es ist schrecklich und um so schrecklicher, als es keine Hilfe, kein Erbarmen giebt. Ich habe selber schon Beschwerde geführt, aber der „Schulze“ ist der Onkel von der Frau und der mach. Alles todt. Der Gemeinbediener ist auch ein naher Verwandter und da bleibt halt Alles beim Alten!“ Jetzt begaben sich die Herren zum Ortschulzen, um bei diesem eine Intervention zu versuchen. Derselbe war offenbar bereits benachrichtigt und empfing die Herren mit der ganzen Hoheit eines Gemeinde-Oberhauptes. „Wie kommen Sie dazu, sich in fremde Angelegenheiten zu mischen? Das ist eine Frechheit!“ — „Wir kommen im Interesse der Menschlichkeit!“ — „Ach was, Menschlichkeit! Dr. Gröbe in Französisch-Buchholz sagt, daß es dem Kranken ganz gut geht und dieser sich gar keine bessere Behandlung wünschen kann!“ — „Das ist nicht wahr, das kann nicht sein! Einen solchen Arzt giebt es nicht in Deutschland, der sein besseres Wissen für etwäige Groschen Geld verkauft!“ — „Ist mir alles gleich, ich berufe mich auf Dr. Gröbe. Ubrigens sagt der Amtsbdiener dasselbe! Der ist sechs Jahre Wärter in einer Irrenanstalt gewesen und sagt, dort geht es den Kranken auch nicht besser! Was sollen wir auch machen? Wir haben unsere Schuldigkeit getan! Wenn wir Scheiben einsetzen, schlägt er sie entzwei, Kleider und Betten zerreißt er, und wenn wir hetzen, dann verbrennt er sich vielleicht. Dampfheizung haben wir in Carow noch nicht und der Kranke fühlt ja auch nichts!“ Als ihm nun die Gesellschaft Vorstellungen machen wollte, schrie er: „Das geht Niemanden was an! Hier hat Keiner etwas zu sagen! Hier bin ich Bolizei und wehe dem, der da dreinredet! Und wenn Sie nicht machen, daß Sie fortkommen, dann sollen Sie gleich einmal sehen, was ich mit Ihnen mache!“ — Tief empört zog sich die Gesellschaft zurück und setzt nun ihre Hoffnung auf die Presse. Wenn die Öffentlichkeit sich der Sache annimmt, dann kommt der Kranke vielleicht in ein öffentliches Irrenhaus in eine angemessene Behandlung, wenn es der Familie — „auch wieder Geld kostet“.

magog, oder was man nachmals Metaphysiker, Jakobiner und dergleichen hieß.

Diesen Geistesfrieden sicherer zu behaupten und alle Neuerungen zu verbannen, hatte man die vorzüglichsten Zensuranstalten eingerichtet, welche den Valenburgern erst spät nachher in anderen Ländern nachgeahmt wurden. Schriften und Bücher von sogenannten unruhigen Köpfen wurden mit gehöriger Vorsicht verboten; nur Gesang- und Gebetbücher, aus Katechismen zu drucken erlaubt. Die Valenburger Zeitung enthielt nur ausländische Artikel; von Stadt und Republik Valenburg durfte kein Wörtchen in der Welt ruckbar werden, damit nicht etwa ein wichtiges Staatsgeheimnis verraten werde. Nur bei Watswahlen und wo etwas Löbliches ohne Gefahr von der Stadt gepriesen werden konnte, ließ die Valenburgische Fama in's Horn, und billig ward das Rühmliche gepriesen, anderen Staaten zum Muster, oder künftigen Gerichtschreibern reichhaltigen Stoff zu geben. Dies erweckte dann unter den jungen Patriziern eine edle Racheiferungsjucht.

(Fortsetzung folgt)

Broschüre kostet 50 Centimes und ist zu beziehen durch die Administration der „Question sociale“ in Paris, 6, Boulevard St. Michel.

Schnitzel.

Echte Kunst hat immer Moral, nur die Zuhörer und Beschauer haben oft keine.
Die Gef. hr des Pessimismus besteht darin, daß er müde macht und eine politische Reaktion erleichtert.

für unsere Hausfrauen.

Glasstöpsel zu lösen. Wenn Glasstöpsel sich nicht aus Gläsern ziehen lassen, so gieße man einige Tropfen Speiseöl darauf und veruche dann mit einem Schüssel, indem man den Stöpsel in das Schlüsselrohr bringt, denselben umzudrehen. Gelinnet es nicht, so stellt man das Gläschchen auf eine nicht zu heiße Stelle des Ofens, damit es leicht erwärmt wird. Nach einiger Zeit versucht man, indem man ganz vorsichtig an den kleinen Glasstöpsel schlägt, ob er herausgeht. Ist dies noch nicht der Fall, so muß das Verfahren wie angegeben, 3 bis 4 Mal wiederholt werden, worauf der Glasstöpsel unbedingt herausgehoben wird.

Humoristische Ecke.

Ein vorsichtiger Mann. Wie die „Neu-Puppiner Zeitung“ erzählt, kam vor einiger Zeit zu einem dorrigem Bank-Institut ein bedroher Eingeborener einer kleinen Dorfschicht der Umgegend, wickelte ein Bankbuch aus dem roten, baumwollenen Taschentuche und bat um die Herausgabe seiner vor einiger Zeit bei der Bank belegten Erparnisse. Das Geld wurde ihm unter Einrechnung der Zinsen an den Tisch gezählt, der Bankmann überzählte es sehr vorsichtig und sagte dann zum Bankdirektor: „Et stimmt, Se könnt das Geld awer i

man behoben, id hem in letzter Tid so vill von dem Prozeß Wetters-Cohn in de Zeitung leien und woll man bloß sehen, ob Se dat Geld ez noch hadden“.

Traurige Wahrheit. Das Budget ist im Wesentlichen abhängig von unserem wirtschaftlichen und politischen Zustande — erklärte Babel im Reichstag: — da betrug die außerordentlichen Ausgaben der letzten fünf Jahre im deutschen Reiche für Heer und Flotte fast tausend Millionen — für Volkswol und Arbeiterichug nicht den tausendsten Teil.

Zum geistigen Kampf gegen die Sozialdemokratie sind eingelagt: Sebn neue Minister, Unteroffizierspräsidenten, Probebestandkampf im biederem Coburg, hundert Flaschen Vater-Geist des Gehorsams, Silber des großen C. u. S. für bewilligungsfreundliche Abg.ordrete.
Du, meent Jule! Sozialdemokratie, lebst de denn noch?

Standesgefühl. Graf (zu seinen Angehörigen): „Meine Lieben, wir müssen uns jetzt einschränken, sonst können wir unsere Lustreise nicht fortsetzen, deshalb müssen wir im Koupee III Klasse weiterfahren.“
Gräfin: „Ja, aber wo werden wir unseren Diener Jean unterbringen? Es läßt doch das Standesgefühl nicht zu, daß Dienerschaft und Herrschaft vereint reist?“
Kleinsten Tochter: „E: muß halt ins Hundekoupee.“

Im Gasthause. Lieutenant: „Heute wollen wir mal Arbeiter spielen; Kellner, ein' Schnaps und ein Rißel!“
Anwesender Arbeiter: „H ure wollen wir 'mal Lieutenant spielen; Kellner, einen Sect — aufheiden!“

Literarisches.

„Essai sur le socialisme scientifique. Critique économique de la production capitaliste.“ Unter diesem Titel hat der französische Sozialist R. Arppriades eine Studie über den wissenschaftlichen Sozialismus herausgegeben, deren Lektüre wir allen Les Französischen kundigen Genossen warm empfehlen. Die scharfe auf reiches Wissen bearündete Kritik, die der Verfasser an der kapitalistischen Produktionsweise übt, giebt manche Anregung und läßt sich im Kampfe mit unsern Gegnern als treffliche Waffe benutzen. Die 64 Seiten starke

München. Unter der Wirkung der Viehplage und der Grenzsperrung ist bekanntlich der Rindfleischkonsum allenthalben zurückgegangen, der Verbrauch von Pferdefleisch gestiegen. Was dem armen, auf Pferdefleisch angewiesenen Publikum unter letzterem mitunter geboten wird, erfährt man daraus, daß hier Untersuchung gegen einzelne Pferdewerger eröffnet ist, welche gestohlene Hunde um ein Spottgeld ankaufen und ausschachten. Auch der Thierschutzverein hat sich in dieser Beziehung mit einer Vorstellung an die Regierung gewandt, da in diesem Winter ungewöhnlich viele Hunde spurlos verschwunden sind. Die Gerichte werden nun für den notwendigen Menschenschutz sorgen.

Wesfelburen. Eine öffentliche Versammlung mit Hindernissen fand hier statt. Die Versammlung selbst verlief zwar in der gewünschten Weise, halb wäre es aber gar nicht zu einer solchen gekommen, denn „der Mensch denkt und der Gensdarm lenkt“. Des „Denken“ glückte nur nicht ganz. Wir haben nämlich nicht Gelegenheit, Versammlungen annoncieren zu lassen, sondern schicken eine halbe Stunde vor Anfang derselben den Ausruf her und lassen sie ausklingeln. Als unser Referent, Herr Kohn aus Hamburg, erschienen war, wollten wir ausrufen lassen, aber der Herr Gensdarm verbot das. Na, das nuzte dem Herrn doch nichts. Wir ließen den Ausruf, ohne daß er klingelte, einfach mit seiner Klingel durch die Straßen marschieren und gingen in Begleitung des Referenten mit ihm. Natürlich war jeder neugierig, was dieser Aufzug zu bedeuten hatte und erkundigte sich danach. Auf diese Weise bekamen wir einen Besuch der Versammlung, wie wir ihn gar nicht besser wünschen konnten. Der Referent, der erst die Einwände, welche die Gegner gegen unsere Forderungen und Anschauungen erheben, aufs schlagendste widerlegte und dann über die Bedeutung der Meiseier sprach, wußte die Anwesenden so zu fesseln, daß sie mit der größten Aufmerksamkeit seinen Ausführungen bis zum Schluß folgten. Gegen die Wichtigkeit derselben konnte Niemand ankämpfen. Mit dem Erfolg der Versammlung können wir sehr zufrieden sein. Äußerten sich doch mehrere unserer Honorationen nach der Versammlung, daß sie mit den Ansichten des Redners vollständig einverstanden seien.

Colingen. Am 2. September v. J. hing ein Siegelarbeiter zu Ringelshäuschen eine rote Bettdecke zum Fenster seiner Schlafzelle hinaus, um sie zu listen. Diese wurde von Gensdarmen wahrgenommen, welche dieselbe für eine rote Fahne hielten und darin eine sozialdemokratische Demonstration erblickten. Die Gensdarmen veranlaßten den Mann zum Einziehen der „Flagge“ und erstatteten Anzeige gegen ihn wegen Verübung groben Unfugs. Das hiesige Schöffengericht sprach den Angeklagten frei.

Die beste aller Welten. Zur Illustration des Württembergischen Ausspruches, daß wir „in der besten aller Zeiten“ leben, dienen folgende kleine Proben von derzeit herrschenden Gesellschaftszuständen. In Pöbnerquiert führt keine Herberge für reisende Handwerker, sondern dieselben müssen entweder „bei Mutter Grün wohnen“ oder sie schlafen im Armenhaus, Spittel genannt, auf „dem Klauscher“. — Während einer Landwehrrübung setzte man die Familie eines zur zehnjährigen Übung einberufenen Vaterlandsverteidigers, die Frau in hochschwangerem Zustande, auf die Straße! Warum? Der arme Handarbeiter konnte infolge des strengen Winters und dadurch entstandener Arbeitslosigkeit einen Monatslohn nicht bezahlen! Wenn nun der Mann Sozialdemokrat wird?

Ausland.

Oesterreich.

Das ungarische Gesetz über die Sonntagruhe tritt nach 3 Monaten in Kraft. Der 19. Juli ist der erste Sonntag in Ungarn, an welchem jede gewerbliche Arbeit ruhen muß.

Schweiz.

Die Anklagekammer des Schweizerischen Bundesgerichts hat den bekannten Cassioni und 21 andere Personen wegen Beteiligung am Tessiner Aufruhr vor die eidgenössischen Geschworenen verwiesen.

Darüber, daß Streiks nicht durch Maßregelungen, wie sie die verbündeten Herren Kühnemann, v. Bern und Mezger geplant haben, verhindert werden, sind wol alle Kenner der Arbeiterverhältnisse einig. Ziel eher verhindern große, mächtige, tüchtig geleitete Arbeiterorganisationen Streiks. Ein Beispiel hierfür sind die schweizerischen Arbeiterorganisationen, welche eine Streik-Referendatsklasse gegründet haben, über deren Leistungen

wir einem nichtsozialdemokratischen Blatte folgendes entnehmen können:

Durch die Bemühungen dieser Streik-Referendatsklasse sind im Laufe des letzten Jahres nicht weniger als zirka 30 Streiks gütlich beigelegt oder verhindert worden!

Der Berner Steinhauermeister-Verein hat in ehrlicher Würdigung dieser Tatsache beschlossen, seine Arbeiter zum Beitritt zu dieser Klasse anzuhalten, damit in Zukunft Konflikte eher vermieden werden, und die Schlossermeister in Lausanne richteten an die Leiter der Klasse ein Dankschreiben für ihre erfolgreiche Tätigkeit.

Frankreich.

Prinz Napoleon hat in seinem Testament den Wunsch ausgesprochen, neben seinem Oheim, dem ersten Napoleon, im Invalidendom beigelegt zu werden.

Die Volkszählung hat am 12. d. Mts. in Frankreich stattgefunden, das ist insofern ein politisches Ereignis, als bei einem Seelenzuwachs über 100 000 für den betreffenden Bezirk die Wahl eines weiteren Abgeordneten erfolgen muß.

Daß die Franzosen so wenig, wie die anderen Kolonialmächte, Kulturträger in ihren Kolonien sind, mag die folgende Depesche weiter illustrieren:

Ein Aufsehen erregender Artikel der Pariser „Illustration“ schildert die Greuelthaten des systematischen Ausrottungskrieges, den Frankreich gegen die eingeborenen Suidanesen führe. Seit drei Jahren würden unter die Sklavensjäger Prämien verteilt. Dieselben erhielten die Hälfte der Gefangenen, wogegen sie die anderen töteten. Nur ein Teil der Opfer werde begraben, der andere ins Meer versenkt. Der Artikel steht im Gegensatz zu den Lobhudeleien anderer französischer Blätter, welche die französische Kolonialpolitik gegenüber derjenigen anderer europäischer Kolonialstaaten als auf Freiheit und Brüderlichkeit beruhend darstellten.

Der historische graue Rod Napoleon I. war unlängst gestohlen worden. Jetzt hat ihn, wie der Pariser „Nationalrat“ berichtet, die Polizei wiedergefunden. Ein Händler im Quartier de Temple hatte ihn für 3 Franks 50 Centimes gekauft. Sie transit gloria mundi!

Belgien.

Doppelraubmord. Antwerpen. Ein entsetzlicher Doppelraubmord ist in der hiesigen Vorstadt Borgerhout verübt worden. Der ehemalige Portier der Nationalbank, Klenghen, ein Greis von 77 Jahren, der mit seiner 75jährigen vollständig gelähmten Frau in der Rue aux fleurs eine bescheidene Wohnung inne hatte, wurde, ebenso wie die 19jährige Magd Blady, ermordet. Ueber die That verlauten folgende Einzelheiten: Der Mörder drang in dem Augenblicke in das Haus ein, als die Magd damit beschäftigt war, ihre gelähmte Dienstinhaberin zu Bett zu bringen, und führte einen Schlag mit einem Hammer auf das Haupt der Unglücklichen, die mit einem Schmerzensschrei zusammenstürzte. Infolge des Lärms kam der alte Klenghen herbei und wurde vom Mörder gleichfalls niedergeschlagen. Sodann raffte der Mörder mehrere Wertgegenstände zusammen und ergriff die Flucht. Frau Klenghen war Zeugin der entsetzlichen Mordthat, hat aber durch den Schreck die Sprache verloren und vermag über den Mörder keine Auskunft zu geben. Ganz Antwerpen befindet sich in Folge dieses Verbrechens in Aufregung.

England.

Nach einer Statistik über den Betrieb der englischen Bergwerke ist die Zahl der in und an denselben beschäftigten Personen in den letzten zwei Jahren von 592000 auf 674000 gestiegen. Weniger befriedigend ist die Tatsache, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter, wiewgleich dieselben nicht unter der Erde tätig sein dürfen, auf nahezu 6000 gestiegen ist. Es heißt jedoch, daß die Arbeit der Frauen in einzelnen Bergwerken nicht härter oder gefährlicher als in vielen Fabriken ist. Die Zahl der im letzten Jahre in Minen umgekommene Arbeiter ist erschreckend hoch und beträgt insgesamt 1160 oder 100 mehr als im Vorjahre. Immerhin ist das Leben des Bergmannes, dank den Bestimmungen der englischen Bergengesetze, zweimal so sicher wie früher. In runden Zahlen ausgedrückt, kommt auf alle 226000 Tons geförderter Mineralien ein schwerer Unfall und auf je 167763 Tons ein Todesfall. An den schwarzen Diamanten der Industrie klebt eben auch Proletariatsblut.

Stafford. Bei dem hier selbst abgehaltenen Meeting der irischen Seidenweber kam es zu Unruhen.

Die Polizei versuchte die Versammlung zu zerstreuen (Weshalb?), wurde jedoch mit Steinen beworfen und zurückgetrieben, wobei mehrere Polizisten Verwundungen davontrugen. Hierauf wurde die Aufrührertruppe verlesen, und eine Abteilung Infanterie griff mit aufgestecktem Bajonett die Menschenmenge an. Nachdem mehrere Arbeiter leicht verwundet waren, wich die Menge der Truppenmacht.

Serbien.

Das serbische Volk scheint jetzt endlich seinen Milan und seine Natalie los zu werden. Folgende Depeschen liegen hierüber vor:

Die vorgesehene Abend Sitzung der Skupschtina nahm einen sehr erregten Verlauf und dauerte bis gegen Mitternacht. Den ersten Gegenstand der Debatte bildete das zur Verlesung gebrachte Schreiben des Königs Milan an die Regentenschaft, in welchem derselbe erklärt, im Interesse der Ruhe und Ordnung des Landes bis zur Großjährigkeit des Königs Alexander Serbien verlassen zu wollen. Die radikalen Abgeordneten Vica und Radovanovic sprachen sich für eine gleichzeitige Lösung der Frage des Aufenthaltes der Königin Natalie in Serbien aus und beauftragten, daß von dem Präsidium der Skupschtina eine hierauf bezügliche Resolution eingebracht werde. Die liberale Opposition (Garaschanin) und die radikalen Dissidenten beantragten, den Brief des Königs Milan zur Kenntnis zu nehmen und erklären, den Antrag Vica Radovanovic ablehnen zu müssen, weil derselbe der Geschäftsordnung widerspreche. Der Antrag gelangte jedoch mit geringer Stimmenmehrheit zur Annahme. Das Präsidium unterbreitete der Skupschtina hierauf eine im Sinne dieses Antrages gefasste Resolution, welche eine noch lebhaftere Debatte hervorrief. An derselben beteiligten sich gegen 40 Redner, darunter Garaschanin, Leschjanin und viele Mitglieder der Opposition und Dissidenten. Die oppositionellen Redner bezeichneten die Resolution als verfassungswidrig und als eine Gewaltthat, die Fassung der Resolution würde das Ansehen Serbiens schädigen. Die Opposition verlangte namentliche Abstimmung über die Resolution, der Präsident verweigerte dieselbe, was eine tumultuariöse Scene hervorrief, die fast eine halbe Stunde dauerte, und an der sich auch die Zuhörer auf der Gallerie beteiligten. Ebenso stürmisch gestaltete sich die Debatte über die von der Regierung eingebrachte Vorlage, nach welcher dem König Milan 2 Konto der Zivilliste eine Million Franks auf drei Jahre im Voraus bewilligt werden soll. Noch vor der Abstimmung über die Vorlage, welcher mit geringer Majorität genehmigt wurde, entsetzte sich ein großer Teil der Abgeordneten.

Nachdem die Skupschtina die Resolution, wonach das Kabinet aufgefordert wird, ungehäumt bei der Königin Schritte zu tun, um dieselbe zum Verlassen des Landes im Interesse des Friedens zu bewegen, mit großer Majorität angenommen hatte, wurde dieselbe durch Ufas der Regentenschaft bis zum Herbst vertagt.

Nien.

„Ermordet“ und „getötet“. Die Engländer schickten jüngst eine Expedition über die indische Nordgrenze, in Gebiete, die den Engländern nicht gehören. Die rechtmäßigen Besitzer des Landes — Manipur — wehrten sich und die englische Expedition wurde fast gänzlich aufgerieben. Der kommandierende Offizier, Quanton, nebst anderen Engländern, von denen man nicht positiv wußte, daß sie getötet waren, wurden „vermisst“. Jetzt giebt ein Londoner Telegramm in folgender Form Aufschluß über das Schicksal der „Vermissten“: „Ein Schreiben des Rebellenführers von Manipur an den Vikar von Indien erklärt, daß das Volk Quanton und dessen Gefährten ermordet hätte, weil diese keine Soldaten getötet, den Palast angegriffen und den Tempel entheiligt hätten.“ Den „Rebellenführer“, d. h. den Verteidiger seines Landes gegen rechtlose fremde Einbrecher, wollen wir gar nicht näher beleuchten — diese freche Umdrehung der Wahrheit, diese sprachliche Falschmünzerei, die den Unrecht Leidenden zum Verbrecher stempelt, sind wir nachgerade zu sehr gewohnt, als daß wir uns dabei und darüber aufhalten könnten. Was uns obiges Telegramm so interessant und so lehrreich machte, war die naive Nebereinander- und Gegenüberstellung der Wörter „ermordet“ und „getötet“. Der Räuber, der die rechtmäßigen Besitzer des Landes überfiel, „tötete“, er handelte als ehrlicher Soldat, der in seinem Rechte ist; und der Ueberfallene, der sich wehrt und Notwehr übt, ist ein „Mörder“. In Wirklichkeit ist's umgekehrt, wie jedes Kind einseht, aber — England ist groß und Manipur ist klein, und so wird der „Re-

helfensführer", statt als Patriot gefeiert zu werden, wol
gegentlich am Galgen baumeln.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

99. Sitzung.

Die zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle (Ar-
beiterschutzgesetz) wird fortgesetzt.

§ 134 b schreibt vor, daß vor dem Erlaß einer Arbeits-
ordnung oder eines Nachtrags zu derselben den in der Fabrik
oder in den Abteilungen derselben beschäftigten großjährigen
Arbeitern Gelegenheit gegeben werden soll, sich über den In-
halt derselben zu äußern. Für Fabriken, für welche ein
ständiger Arbeiterschutz besteht, wird dieser Vorbehalt
durch Anhörung des Ausschusses genügt.

Die Sozialdemokraten beantragen, die letztere Bestim-
mung zu streichen.

Abg. Dreßbach (Soz.) befürwortet diesen Antrag.
Die Arbeiterausschüsse genießen das Vertrauen der Arbeiter
nicht, weil sie lediglich im Interesse der Unternehmer da
sind, von diesen zusammengesetzt sind und eine Initiative
überhaupt nicht besitzen. Werde diese Vorschrift Gesetz, so
werde den Arbeitern jeder Einfluß auf die Gestaltung der
Arbeitsordnung getaucht, während doch der Schein gewahrt
werde, als ob den Arbeitern tatsächlich ein solcher Einfluß
gewährt sei. Wollte man den Arbeitern diesen Einfluß vor-
enthalten, so erkläre man das lieber gerade heraus, daß man
ihnen statt des Brotes einen Stein reichen wolle. Wenn
man die gestern gefallenen Aeußerungen in Betracht ziehe,
wenn man erwäge, daß die Arbeitgeber sogar das Privat-
leben, das Familienleben der Arbeiter überwachen wollen, so
ergebe sich, daß hier für die Arbeiter sehr viel auf dem Spiel
steht. Soll die Arbeitsordnung für Arbeiter und Arbeitgeber
rechtlich gleich sein, wie § 134 c vorschreibe, so könne man
die vorherige Verfassung der Gesamtheit der in der Fabrik
beschäftigten Arbeiter gar nicht umgehen.

Abg. Döbelhäuser (nl.): Der Arbeitgeber mag
die Arbeitsordnung noch so gründlich ausarbeiten, auf die
Wünsche seiner Arbeiter noch so viel Rücksicht nehmen, es
wird keine Arbeitsordnung zu Stande kommen, welche den
verschiedenen Interessen aller beteiligten Arbeiter entspricht.
Man muß daher an dem Möglichen festhalten und dies wird
im § 134 d geboten, der die Frage der Vermittelung zwischen
dem einseitigen Standpunkte der Arbeitgeber und der Arbeiter
selectio am besten löst.

Abg. Hirsch: Herr Döbelhäuser hat die englischen
Gewerksvereine herangezogen und erklärt, diese seien auf die
deutschen Verhältnisse nicht übertragbar, bringt also auch die
deutschen Gewerksvereine zu den Arbeiterausschüssen in Gegen-
satz. Das stimmt mit den Tatsachen nicht überein. Die
Gewerksvereine haben auch in Deutschland ihre volle Be-
rechtigung.

Abg. Müller (nl.) geht nicht ganz so weit in der
Behauptung für die Arbeiterausschüsse wie Herr Döbelhäuser.

Abg. Dreßbach wendet sich gegen die Ausführungen
des Abg. Döbelhäuser, die nur beweisen, daß die Arbeitgeber
alles täten, um die selbständige Organisation der Arbeiter zu
hinterreiben. Die Wohlfahrtsvereine, bei deren Be-
stimmung die Arbeiterausschüsse mitzusprechen haben sollen,
sind nicht als Ersatzstellen für die Arbeiter.

Abg. Döbelhäuser verwahrt sich dagegen, als ob
er die preussischen und deutschen Gewerksvereine angegriffen
habe, das sei ihm nicht entfernt in den Sinn gekommen.

§ 134 d wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen
Antrages unverändert angenommen.

§ 134 e lautet: Die Arbeitsordnung, sowie jeder Nach-
trag zu derselben ist binnen drei Tagen nach dem Erlaß in
zwei Ausfertigungen unter Beifügung der Versicherung, daß der
Vorbericht des § 134 d genügt ist, der unteren Verwaltungs-
behörde einzureichen.

Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, fallen beteiligten
Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen. Der Zustand
muß stets in lesbarem Zustande erhalten werden. Die
Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die
Beschäftigung zu behändigen.

Abg. Schäbler beantragt, die Einreichung erfolgen zu
lassen: „unter Mitteilung der Seiten der Arbeiter geäußerten
Bedenken.“

Die sozialdemokratischen Abgg. Auer und Gen. bean-
tragen, daß die Arbeitsordnung und jeder Nachtrag den
Fabrikinspektoren zur Genehmigung vorgelegt werden soll;
gegen die Entscheidung desselben soll binnen zwei Wochen
die Beschwerde an die höhere Verwaltungs-Behörde zu-
lässig sein.

Abg. Schäbler (Zentrum) giebt der Vorlage vor dem
Antrage der Sozialdemokraten den Vorzug; die Fabrik-
Ordnung gelange ohnehin in die Hände des Fabrikinspektors,
da das zweite der einzureichenden Exemplare für diesen be-
stimmt sei.

Abg. Dreßbach tritt für den sozialdemokratischen An-
trag ein. Die Arbeiter hätten mehr Vertrauen zu den Fabrik-
Inspektoren als zu den unteren Verwaltungsbehörden, welche
einmal nicht sachverständig und dann viel zu sehr dem Ein-
fluß der Unternehmer unterworfen seien. Der Antrag
Wöllmer habe wesentlich nur eine formelle Bedeutung und
genüge nicht. Es habe doch keinen Sinn, den Behörden die
von den Arbeitern geäußerten Bedenken mitzuteilen und
gleichzeitig diesen Behörden das Recht zu verweigern, eventuell
Remedur eintreten zu lassen. Dem Rechte der Unternehmer
sei der Antrag Auer und Genossen durch die Zulassung der
Beschwerde an die höhere Verwaltungs-Behörde durchaus
hinreichend entgegengekommen. Nehme die Majorität
diesen Antrag nicht an, so würde wieder einmal bewiesen
sein, daß es sich lediglich um ein Arbeiter- = Truggesetz
handelt.

Regierungsrat Wilhelm: Für die „Genehmigung“
der Arbeits-Ordnung ist weder ein Bedürfnis noch nach der
ganzen Fassung der Gewerbe Ordnung ein Raum dafür in
der selben vorhanden. Was dem freier Verträge zwischen
Arbeiter und Arbeitgeber überlassen bleiben muß, kann nicht
der Genehmigung durch eine Staatsbehörde unterliegen.

Abg. Döbelhäuser (nl.): Die Redewendung, daß die Ab-
scheidung des sozialdemokratischen Antrages wieder einmal be-
weise, daß das Gesetz einen arbeitserfindlichen Charakter trage,

haben wir nun schon fast bei jedem Gesetze gehört; sie be-
klammert uns nicht mehr sonderlich.

Abg. Dreßbach dem Bundes-Kommissar bemerkt, daß,
wenn dieser oder jener Fabrik-Inspektor nicht das Vertrauen
der Arbeiter genieße, dieser Umstand an den Personen der
betreffenden Herren selber liege. In der Schweiz bedürfe
jede Fabrikordnung vor ihrem Inkrafttreten der Genehmigung
der Kantonsregierung und die Schweiz sei darüber nicht zu
Grunde gegangen.

Bei der Abstimmung über den Antrag Schäbler stellt
sich die Beschlußfähigkeit des Hauses heraus, indem bei der
notwendig gewordenen Auszählung sich die Anwesenheit von
nur 186 Mitgliedern ergibt, während zur Beschlußfähigkeit
mindestens 199 gehören. Für den Antrag Schäbler stimmen
110, dagegen 76 Abgeordnete. Die Sitzung muß abge-
brochen werden.

Präsident von Dewegow setzt die nächste Sitzung
mit derselben Tages-Ordnung auf heute Nachmittag
2 Uhr 45 Minuten an.

Schluß 2 Uhr 15 Minuten.

100. Sitzung vom 15. April. 3 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Döllner, von Berlepsch,
Lohmann.

Die zweite Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle wird
fortgesetzt mit der Wiederholung der Abstimmung über
§ 134 e und die dazu vorliegenden Anträge.

Der Antrag Auer und Genossen auf Genehmigung der
Arbeiter-Ordnungen durch die Fabrik-Inspektoren wird gegen
die Stimmen der Antragsteller und einiger Freisinniger
(Träger, Schmieder, Wöllmer, Samhammer) abgelehnt.

Der Antrag Schäbler wird jetzt angenommen, ebenso der
Antrag Wöllmer, und mit diesen Modifikationen der ganze
§ 134 e, ebenso ohne Diskussion § 134 f, nach welchem nicht-
vorläufige oder mit den gesetzlichen Bestimmungen in
Widerspruch stehende Arbeits-Ordnungen und Nachträge
zu denselben durch die untere Verwaltungs-Behörde ent-
sprechend abzuändern oder durch gesetzmäßige Arbeitsordnungen
zu ersetzen sind.

Nach § 134 g sollen vor Erlaß dieses Gesetzes erlassene
Arbeits-Ordnungen den Bestimmungen der §§ 134 a-134 e,
134 b Abs. 2 und 134 f unterworfen sein und binnen 4 Wochen
der unteren Verwaltungs-Behörde in zwei Abschriften ein-
gereicht werden. Auf Änderungen dieser Arbeitsordnungen
und auf Arbeitsordnungen, welche seit dem 1. Januar 1891
erlassen sind, soll die Vorschrift der Anhörung der Arbeiter
Anwendung finden.

Die sozialdemokratischen Abgg. Auer und Gen. wollen
alle Arbeitsordnungen ohne Ausnahme, welche vor dem In-
krafttreten dieses Gesetzes erlassen sind, den Vorschriften der
§§ 134 a bis 134 f unterwerfen und beantragen ferner die
Vorlegung derselben binnen vier Wochen an die Fabrik-
Inspektoren zur Genehmigung.

Abg. Mollenhuth (Soz.) befürwortet diesen Antrag,
der im Interesse der gleichen Behandlung aller Arbeits-
ordnungen gestellt sei.

Der Antrag wird jedoch abgelehnt und § 134 g im
Wesentlichen unverändert angenommen.

§ 134 h stellt fest, welche Arbeitervertretungen als zu-
ständige Arbeiterausschüsse im Sinne dieses Gesetzes gelten
sollen. Als solche sind nur zu betrachten: 1. Die Vorstände
der Bezirks- (Fabrik-) Krankenkassen oder anderer für die
Arbeiter der Fabrik bestehender Kassen-Einrichtungen, deren
Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern aus ihrer
Mitte zu wählen sind, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse
bestellt werden; 2. die Knappschaftskassen von Knappschafts-
Bereinen für Betriebe, welche nicht den Bestimmungen der
Bergerleihe unterstehen; 3. die bereits vorhandenen ständigen
Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder nach ihrer Mehrzahl von
den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden; 4. solche
Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den
volljährigen Arbeitern der Fabrik oder der betreffenden Be-
triebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und ge-
heimer Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter kann
auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abteilungen
des Betriebes erfolgen.

Die sozialdemokratischen Abgg. Auer u. Gen. wollen
den ganzen § 134 h streichen; die Abgg. Gutfleisch u. Gen.
beantragen zwei wesentlich redaktionelle Änderungen: Abg.
Schmidt-Eberfeld beantragt, daß unter Ziffer 3 nur „die vor
dem 1. Januar 1891 errichteten Arbeiterausschüsse aus-
genommen“ werden sollen; endlich wollen die Abgg. Gut-
fleisch, Hähne und Genossen die Schlussworte „bestellt werden“
in Ziffer 1 erlösen durch die Worte „bestellt und durch gemäß
den Bestimmungen unter Ziffer 4 gewählte Vertreter der den
erwähnten Kassen-Einrichtungen nicht angehörigen Arbeiter er-
gänzt werden.“

Abg. Schmidt (Eberfeld) tritt für die Annahme des
§ 134 a und für die Arbeiterausschüsse selbst ein, deren Ein-
setzung zum Segen der Arbeiter wirken und viel fruchtbarer
sein werde, als die von den Sozialdemokraten gewünschten
Arbeiterkammern.

Abg. Bebel: Das Lob der Arbeiterausschüsse ist heute
so stark gefungen worden, daß man sich wundern muß, daß
die Einsetzung derselben nicht obligatorisch gemacht worden ist.
Aber daraus, daß dies nicht geschieht, erkennt man deutlich,
daß es mit diesem Lobe nicht sehr weit her sein kann. Die
ängste Selbsttäuschung ist es jedenfalls, wenn man von den
Arbeiterausschüssen eine Bekämpfung des sozialdemokratischen
Elementes erwartet. Herr Wöllmer empfiehlt uns die Ar-
beiterausschüsse als eine Art konstitutionellen Systems; wären
sie das, dann würden wir sie diskutieren. Aber davon ist ja
gar nicht die Rede. Die einzelnen Ziffern des § 134 h zeigen
ganz deutlich, wie der Unternehmer es ganz in seiner Hand
hat, die Zusammensetzung dieses Ausschusses zu bestimmen.
Die Ausschüsse bedeuten nichts weiter, als was ähnliche Ein-
richtungen, auch auf politischem Gebiete bedeuten: sie sind
das Feigenblatt, welches den dahinterstehenden Feudalismus
zu verdecken bestimmt ist. Wäre ein genauer Wahlmodus
festgelegt, käme der Wille der Arbeiter in der Wahl ihrer
Vertretungen klar zum Ausdruck, dann wäre eher darüber zu
reden; aber auch in dieser Gestalt liegt der Ausschuss noch in
den Händen des Unternehmers, kann jeden Augenblick wieder
abgeschafft werden, wenn er unbequem wird, oder es können
jederzeit die unbequemen Elemente daraus entfernt werden.
So lange also eine unparteiische Zusammensetzung nicht
garantirt wird, können wir dieser Einrichtung nicht zustimmen.
Wir verkennen gar nicht und haben es bewiesen, daß inner-

halb der heutigen Gesellschaft es eine große Zahl von Punkten
gibt, welche die heutige Gesellschaft ohne Gefahr für ihre
Existenz den Arbeitern bewilligen kann und bewilligen sollte.
Wir sagen nur, innerhalb der heutigen Gesellschaft ist es
überhaupt unbedenklich, Klagengegenstände, wie sie aus der Natur
der Dinge hervorgegangen sind, zu beseitigen; vor dieser Tä-
uschung suchen wir den Arbeiter zu warnen; ein friedliches
Verhältnis ließe sich aber sehr wol herstellen, wenn nur die
Unternehmer wollten. Die Begünstigung der Fabrikordnungen
wäre das Einzige gewesen, wodurch die Arbeiterkammern, wie
wir sie wollen, mit dem einzelnen Fabrikbetriebe besetzt worden
wären; im Uebrigen sollte der Wirkungsbereich dieser Kammern
ein anderer sein. Uns ist der § 134 b in seiner Gesamtheit
unannehmbar; wir haben daher auch keine Veranlassung,
unsererseits mit positiven Vorschlägen zu kommen.

Abg. Hirsch: Die Sozialdemokratie zeigt nach Bedürfnis
zwei verschiedene Gesichter, auch wenn es sich um Dinge handelt,
die nach ihrer Meinung auf dem Boden der bestehenden
Gesellschaftsordnung geordnet werden können. Sie will den
Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern überhaupt nicht
darum tritt sie den Arbeiterausschüssen entgegen.

Abg. Bebel: Nach diesem Eifer, der für die Arbeiter-
ausschüsse entwickelt wird, scheint es wirklich, als wenn die
Herren mit diesen Arbeiterausschüssen die soziale Frage gelöst
zu haben glauben. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit
wird so lange bestehen, als das Kapital besteht, daran werden
alle Palliativmittel nicht das geringste ändern. Auch wir
bringen allerdings sogenannte Palliativmittel in Vorschlag,
alle unsere Anträge gehören dahin. Wie schlagen aber nur
Mittelchen vor, die auch etwas nützen, nicht solche, die bloß
einen schönen Schein haben, aber nichts bedeuten. Herr
Hirsch beachtet garricht, daß die Ausschüsse nur „in ihrer
Mehrzahl“ aus gewählten Personen bestehen sollen, darin liegt
schon, daß eine gewisse Zahl von Mitgliedern dieser Ausschüsse
von den Arbeitgebern ernannt werden. Herr Döbelhäuser markte
wieder die Auffassung, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht
identisch sei mit der Sozialdemokratie, das haben wir auch
nie bestritten, sondern stets nur behauptet, daß die klassen-
bewusste Arbeiterschaft sozialdemokratisch ist. Wir haben kein
Interesse daran, die Arbeiter unzufrieden zu erhalten. So
lange aber das Ziel der Befreiung der Unterdrückung einer
Mehrheit durch eine Minderheit nicht erreicht ist, werden die
sozialdemokratischen Arbeiter unzufrieden bleiben, solange, bis alle
Menschen in einem Zustande wirklicher Freiheit und Gleichheit
sich befinden werden. (Gelächter.) Sie lachen darüber mit
Unrecht; der Kampf ist entbrannt, wird in den nächsten Jahren
in kolossalen Dimensionen weitergeführt werden und nicht auf-
hören, bis dieses Ziel erreicht ist. Für die Lehren der Ge-
schichte haben wir einen sehr feinen Sinn, aber auf der anderen
Seite auch ein sehr feines Ohr für den geschichtlichen Ver-
gehensprozeß. Die Geltung der Anschauungen des Herrn
Hirsch von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nähert
sich immer mehr ihrem Ende, und diese Auffassung wird von
der unsrigen abgelöst werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. April 1891.

Von welchen großen Gesichtspunkten die deutsch-
freisinnige Partei ausgeht, wenn es sich um Beurteilung
einer Teil der Sozialreform handelt, beweist
folgende Bemerkung der „Bresl. Morgen-Ztg.“ über
die Invaliditäts- und Altersversicherung, welche sie in
ihrem neuesten Lokal- und Spigenartikel zum Besten
gibt. Die „Morgenzeitung“ schreibt:

„Ein nach Tausenden zählendes Heer von
Beamten und ein halbes Schock palastartiger
Zentral-Geschäftshäuser, die ein Duzend und
mehr Millionen Mark Baukosten verschlingen
dürften, das ist der bureaukratische Erfolg der
Invaliditäts- und Altersversicherung. Mit welcher
Summe unser Breslauer Geschäftshaus in An-
schlag gebracht wurde, berichteten wir neulich;
sie war nicht ganz klein, und die übrigen dreißig
Versicherungsanstalten würden nicht geringere
Anforderungen an den Reichsäckel stellen. Be-
sondere Schwierigkeiten bietet die feuer- und
diebesichere Aufbewahrung der Quittungskarten.
Welche Räume allein zu diesem Zwecke im Laufe
der Zeit erforderlich sein werden, ergibt sich
daraus, daß allein bei der thüringischen Ver-
sicherungsanstalt in Weimar, welche jeben den
Bau eines eigenen Geschäftshauses beschlossen
hat, die Zahl der aufzubewahrenden Quittungs-
karten innerhalb 30 Jahren sich auf zirka
10 1/2 Millionen stellen wird. Dazu werden un-
gefähr 90000 handliche Kasten erforderlich sein,
die, in zirka zwei Meter hohen Regalen aufgestellt,
unter Zurechnung des Platzes für die Zugänge
ein durch vier Regal-Etagen gehendes Gebäude
von zirka 380 Quadratmeter Grundfläche be-
nötigen werden. Bei den anderen Versicherungs-
anstalten werden die Verhältnisse nicht günstiger
liegen.“

Wir haben nun bekanntlich auch mancherlei gegen
die Invaliditäts- und Altersversicherung einzuwenden,
aber daß sie Geschäftshäuser braucht und bei vielen
Millionen Versicherter, ein nach Tausenden zählendes
Heer von Beamten, das nehmen wir ihr nicht übel.
Es ginge ja vielleicht etwas einfacher einzurichten, aber
es sind eben das die ersten Schritte in ein noch un-
erforschtes Gebiet, und es geht hier wie überall bei
ähnlicher Gelegenheit, daß anfangs mehr Mittel auf-

geboren werden, als später sich als unbedingt nötig herausstellen. Die halbe Million Soldaten des siehenden Heeres zur Aufrechterhaltung des Friedens, der schließlich doch nur von wenigen Hochgestellten und Mächtigen sehr wider Willen der Völker gestört wird, sind schließlich viel überflüssiger als die den hundertsten Teil bildenden Beamten der Invaliditäts- und Altersversicherung.

In der Stadtverordneten-Versammlung ist darüber Klage geführt worden, daß im Publikum die neuerdings getroffenen Einrichtungen für Desinfektion noch nicht genügend bekannt seien. Bei dem großen allgemeinen Interesse, welches die Kenntnis der neu eingeführten Bestimmungen hat, sei deshalb nochmals daran erinnert, daß auf Meldung in der Rathsbieners-Stuben des Rathhauses durch Verfügung des Magistrats-Dejerennten in jedem bringenden Falle Desinfektoren zur Verfügung gestellt werden. Von diesen wird die gesammte Desinfektion der infizierten Wohnung sachgemäß und gründlich vorgenommen. Man ist also in dringenden Fällen, besonders bei Diphtherie, schon jetzt, obwohl die Einrichtungen für Desinfektion sich noch in der Entwicklung befinden, dank den umständig getroffenen Maßnahmen des Magistrats in den Stand gesetzt, auf schnelle und bequeme Weise eine durchaus zuverlässige Desinfektion zu erlangen.

Schneidiger Park. Das Wasser, welches die Teile des Parks überschwemmt hatte, ist wieder zurückgetreten, so daß die betreffenden Teile der Anlagen und Rasenplätze wieder frei liegen. Die Parkverwaltung ist mit den Frühjahrsarbeiten voll beschäftigt. Rasenflächen, welche durch den Schnee und die Kälte gelitten hatten, werden umgegraben und mit neuer Grasfaat versehen. Die Warnungstafeln sind erneuert und die Plakate mit der Verordnung, während des Sommerhalbjahres in den Park mitgebrachte Hunde an der Leine zu führen, in verschiedenen Teilen der Parkanlagen an Bäumen angebracht worden. Die Parkstraße wird in dem zwischen dem Parkeingang und der einmündenden Fürstenstraße gelegenen Teil mit neuem Pflaster versehen. Die Böschung an der nördlichen Seite der letztgenannten Straße, welche die Anfahrt zur rechtsseitigen Brückenseite vermittelte und die Böschungen an den Brückenköpfen sind im Interesse der öffentlichen Sicherheit mit festen Holzgeländern versehen. Die Ufer werden zu beiden Seiten der Brücke reguliert und die durch das Hochwasser herbeigeführten Schäden repariert. Die Bedürfnisanstalten an der Park-Restoration werden in mehr zeitgemäßer, den gesundheitlichen Rücksichten entsprechenden Weise verbessert und eingerichtet. Die Parkbäume beginnen zu knospen und zu grünen. Ein Eichenbaum an dem Wilhelmplatz ist mit einer Fülle von Blütenknospen bedeckt. Die Baumkronen belebt namentlich in den Morgenstunden munterer Vogelgesang.

Fleisch-Kontrolle: Vernichtung von ungenießbarem Fleisch. Bei der während des vierten Quartals auf dem städtischen Schlachthofe abgehaltenen tierärztlichen Kontrolle wurden als unbrauchbar befunden: a. Rinder: 10 mit hochgradiger allgemeiner Tuberkulose, 180 und 3 Rinderviertel mit lokaler Tuberkulose, 12 Rindslungen mit Tuberkeln, 2 Rindslungen und 1 Rindsleber mit Blasenwürmern, 4 Rindslebern mit Verhärtung, 1 Rindsleber mit Knoten. b. Schweine: 13 Schweine mit Finnen, 1 Schwein mit allgemeiner Tuberkulose, 3 verendete Schweine. c. Schafe: 1 Schaf mit allgemeiner Gelbsucht, 1 Schaf mit Herzbeutelwassersucht, 1 verendetes Schaf, 1 Schafelunge mit Blasenwürmern. — 180 Rinder, welche mit lokaler Tuberkulose befallen, aber nach Vorschrift des Ministerial-Reskripts vom 15. September 1887 von den kranken Teilen befreit waren, wurden zur menschlichen Nahrung freigegeben. — Die sonstigen bezüglichen Tiere und Fleischteile wurden teils vernichtet, teils zur Ausnützung für technisch-gewerbliche Zwecke (Seifenleder und Leimleder) benutzt.

Butterrevision. Bei der in den letzten Tagen abgehaltenen Butterrevision auf dem Ringe durch das V. Polizei-Kommissariat wurde eine bedeutende Menge minder gewichtige Stücke vorgefunden, welche sofort zerhackt wurden, außerdem wurde auch anscheinend verdorbene Butter vorgefunden und dem Gemüchsen Unterjuchungsamt eingereicht.

Betrug. Am 9. d. Mts. wurde ein Beamter auf der Straße von einem Altkaufmann angeprochen, ob er nichts zu verkaufen habe. Er erwiderte, daß er eine alte goldene Repetiruhr besitze, deren er sich entäußern wolle, und nannte dem Händler seine Wohnung, fügte aber hinzu, er sei nur von 12 1/2 bis 1 1/2 zu sprechen. Der Händler begab sich aber sofort nach dem Gesprochenen, etwa um 10 Uhr, in die Wohnung des Beamten und wußte der Frau des-

selben unter dem Vorgeben, das Geschäft sei zwischen ihm und ihrem Manne bereits perfekt geworden, die Uhr für 9 Mark, eine Summe, die noch nicht dem Goldwert entsprach, abzuschwindeln. Der Betrüger ist zirka 40 Jahre alt, mittelgroß, dunkelblond und hat grau melirten Rinnbart; er trug dunkeln Ueberzieher, dunkle Beinkleider und schwarzen Filzhut.

Einbruch. In einem Spezereigeschäft auf der Freiburgerstraße wurde in der Nacht vom 14.—15. d. Mts. eingebrochen und von den Dieben die Ladentasse mit 50 Mark, sowie Wein und Cigarren gestohlen. Auf dem Ladentisch ließen sie ein Stück sehr starken Eisendraht zurück, welcher in Form eines Dreiecks gebogen war.

Ein äußerst frecher Einbruchdiebstahl ist in Nimptsch verübt worden. Es wurde nämlich das Kassenlokal in der Gerichtsschreiberei erbrochen, und ein Teil der dort aufbewahrten Gelder fiel den Dieben zur Beute. Die Täter waren mehrere Personen, und es scheint sich unter denselben den Fußspuren nach ein Kind befunden zu haben. Um in das Gebäude zu gelangen, haben die Diebe ein über einen Zoll starkes schmiedeeisernes Gitter eines Fensters durchsägt und die Stäbe dann mit einer Brechstange aufgebogen; hierauf haben sie das Fenster eingedrückt und den innen befindlichen starken Eisenblechladen gesprengt. Um in das Kassengewölbe zu gelangen, mußten sie zwei sehr starke und wohlverwahrte Türen erbrechen, was sie zum Teil dadurch bewerkstelligten, daß sie die schweren Vorlegeschlösser mit Brechseisen absprengten. Sie haben einen kleinen kofferähnlichen Kasten mit über 67 Mark und einen Holzkasten mit 32 Mark an sich genommen. Da sie die aus dickem Eisenblech gefertigte eigentliche Gerichtskasse nicht erbrechen konnten, haben sie offenbar mit großer Anstrengung ein mehr als talergroßes Loch in die Wand derselben gemacht, so daß es ihnen gelang, durch dasselbe 159 Mark, meist in Gold, herauszuholen, den größeren Teil des dort aufbewahrten Geldes, ungefähr 550 Mark, mußten sie aber im Schranke zurücklassen. Während der Ausführung des Diebstahls haben allen Anzeichen nach verschiedene Personen Wache gestanden. Von den Dieben ist bisher, trotzdem sie einige Gegenstände am Tatort zurückließen, keine sichere Spur zu ermitteln gewesen.

Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: zwei Portemonnaies; ein Placenz. — Abhanden gekommen: einem Kaufmann auf der Volkststraße ein goldener Trauring, gravirt A. C. 1865; einem Dienstmädchen auf der Breitestraße ein Portemonnaie mit 7 Mark; einem Fräulein auf dem Königsplatz eine goldene Damenuhr. — Gestohlen: einem Arbeiter auf der Kurzen Gasse ein Sparschwein, Nr. 11548, über 510 Mark, auf dem Namen Louise Zobel lautend; einer Arbeiterin aus Klein-Gandau in einem Fleischerladen ein Portemonnaie mit 5,30 Mk. und Konsummarken im Wert von 2,20 Mk.; einem Bäckergehilfen auf der Neuen Weltgasse ein grau kariertes Stoffrock; einem Schuhmacher auf der Kleinen Scheitnigerstraße zwei goldene Ringe und ein Portemonnaie. — Verhaftet vom 15. bis 16. d. Mts. 32 Personen. — Ueberfahren wurde der 7-jährige Sohn eines Haushalters, so daß er nicht unbedeutende Verletzungen im Gesicht davon trug. Der Verletzte war von einem anderen Knaben unter das Gefährt gestochen worden; den Kutscher trifft daher keine Schuld. — Warnung. In der letzten Zeit sind an zahlreichen Haustüren die Bronzegriffe abgedreht und gestohlen worden. Es wird vor Ankauf derartiger Stücke gewarnt.

Breslauer Marktbretze vom 16. April per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.	höchst niedr.	niedr.
Weizen, weißer . . .	21,90	21,70	21,30	20,80	20,30	19,80
Weizen, gelber . . .	21,80	21,60	21,30	20,80	20,30	19,80
Roggen	18,90	18,60	18,40	18,20	17,80	17,30
Gerste	16,40	15,70	14,80	14,30	13,70	12,70
Hafer	16,30	15,10	15,90	15,70	15,50	15,30
Erbsen	16,80	16,30	15,80	15,30	14,30	13,80
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Sack 0,08—0,09—0,10 Mk.						
Den 2,30—2,70 Mk. pro 50 Kilogramm.						
Roggenstroh 22,00—24,00 Mk. pro 600 Kilogramm.						

Schlesien.

Ohne Gebildete Robheit. Ein nicht seltener Fall wie selbiger im höheren Kreise öfters vorkommt, haben wir vom Lande voriger Woche zu berichten. Rentierant Graf Piel vom Hainzen-Reg. v. Schill 1. Schlesisches Nr. 4 ritt im Laufe voriger Woche am Friedhofspass entlang, worauf sich spielende Kinder zeigten, unter diesen der sieben Jahre alte Sohn des Bahnarbeiters Werners, welcher mit einem Steinchen nach dem Pferde des Grafen geworfen haben soll, ob derselbe nun das absichtlich oder im Spiel getan hat mag dahingehend bleiben.

Der betreffende Graf ritt eine Straße fort, wieg alsbald vom Pferde, ging zu den spielenden Kindern zurück und schlug nun in der rohesten Weise auf den einen der Knaben den

Sohn des genannten Arbeiters ein, indem der Graf die beiden Hände des Knaben in seine linke Hand nahm in die Höhe hob und ihn derart in die Höhe schlug, daß das Blut aus Mund und Nase des Knaben floss. Die aus den umliegenden Häusern heraus getretenen Personen gaben über Empörung Ausdruck, wodurch Graf Piel es vorzog dem Treiben Einhalt zu tun, beschloß den Knaben zur Erde zu werfen und hierauf zu seinem Pferde zurückging, aufstieg und davon ritt, als wenn nichts geschehen wäre.

Den ziemlich bewußtlosen Knaben nahmen mehrere Arbeiterinnen aus der Zigarrenfabrik von Otto Deter, welche diese Handlungsweise gesehen hatten und trugen selbigen zur Mutter desselben, die ebenfalls in einer anderen Fabrik beschäftigt ist. Man höre und staune nun. Die Mutter ging sofort mit dem Knaben zu einem Dr. Kreder um den Zustand des Knaben befunden zu lassen, der Doktor, welcher zunächst um die Ursache frug, befundete wörtlich: Armer Leute Kinder sind ja auch Kränken; worauf die Mutter des Knaben erwiderte, ich will mein Kind doch nicht zum Krüppel schlagen lassen, worauf sich Dr. K. wahrscheinlich verlegt fühlte und der unglücklichen Mutter die Türe wies.

Arbeiter Ohlau merkt Euch diesen sauberen Patron, zu welchem noch einige hinzukommen.

Hierauf begab sich die Mutter mit dem Knaben zu einem 2. Arzt beim Dr. Ulrich. Zunächst sei bemerkt, daß dieser Arzt selbst auch Offizier war. Nach der Ursache gefragt: erklärt derselbe er wolle sich mit dieser Angelegenheit nicht befassen. (Ueber diesen in einer der nächsten Nummer etwas mehr.) Von hier wiederum abgewiesen, begab sich die Mutter zu dem Kgl. Kreis-Physikus Dr. Lichtow, welchen die Frau nach mehrmaligen Nachfragen, das letzte Mal bei dreiviertelstündiger Wartezeit antraf, auch dieser erklärte er befinde sich mit dieser Angelegenheit nicht. Jetzt fuhr der Vater zu einem Arzt nach Breslau der aber auch nicht anzutreffen war, und kehrte selbiger wol aus Verzweiflung unverrichteter Sache nach Ohlau zurück. Am nächsten Morgen endlich wurde der 5. Arzt aufgesucht (Dr. Schlag) dieser nahm sich der Sache an und konstatierte das der Knabe arg gemißhandelt sei; wobei das Fleisch an den Backenknochen angeschwollen sei; der Knabe muß das Bett hüten und klagt außerdem über heftigen Schmerz im Hüftgelenk, so daß derselbe nicht im Stande ist zu laufen. Den Ausgang der Sache werden wir später berichten. Vorläufig wird die Sache zur Anzeige gebracht. Arbeiter von Ohlau ist es nicht eine Schande wenn derartige Fälle vorkommen, daß, wenn die Herren Doktoren, welche ihre Taten nur einzig und allein von der arbeitenden Bevölkerung gefüllt haben, sich bei einem derartigen Fall zurückziehen. Wie sehr es die Arbeiter bedauern, wenn Derartiges wie Obiges geschieht und sie keine Waffen haben, um sich zur Wehr zu setzen.

Wir meinen hiermit den „Breslauer General-Anzeiger“ und Konsorten, denn selbige sind hauptsächlich so wie so obige Herren. Mögen die Abonnenten dieser Zeitungen und verschiedener anderer Schundblätter einmal einen wahrheitsgetreuen Artikel über solche vorkommende Nothzeiten wie dieser hier angeführte keinen Lesern bringen, da werden sie gewiß auf gewaltigen Widerstand stoßen, und würden herausfinden, daß es sich darum handelt, nur die Fehlerliste der Arbeiter recht grell zu beleuchten.

Darum Arbeiter von Ohlau und Umgegend fort mit „General-Anzeiger“, „Lokal-Anzeiger“, „Gerichts-Zeitung“ und anderer Schundliteratur; denn diese suchen Euch nur in der Dummheit zu erhalten und meinen nur Euer G. D. Unterstützt vielmehr Arbeiterblätter, so die „Volkswacht“, durch Euer Abonnement, denn diese allein wird auch zum Wege der Erkenntnis führen.

Wir kommen bald wieder, aber besser.

Brieg. Eine zu gute Flasche einfach Bier, aus der Restauration des Herrn Albrecht stammend, hatte sich der Arbeiter Gottschalk, beschäftigt in der Zuderfabrik „Concordia“, als Erfrischung reservirt. Gottschalk ist in der Kaffeebar bei 40 Grad Wärme nur halb bekleidet, beschäftigt. Pöblich explodiert die Flasche mit dem edlen Nag; ein großer Glasplitter fährt dabei dem Arbeiter mit solcher Kraft in die Muskel des linken Oberarmes, daß derselbe von einem Arzte aus Bitterem entfernt werden mußte. Hoffentlich bleibt dieser Vorfall für Herrn Albrecht ohne schlimme Folgen!!

3 Ab-mitter. Am Sonntage, den 5. d. M., sollte im Neu-Läßig eine Volks-Versammlung, nach vieler Mühe wieder einmal in heiliger Gegend, stattfinden. Doch mit des Schicksals Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen! Sonntag in letzter Stunde erhielt der Einberufer folgendes Telegramm. Des Friedens halber, kann die fremde Versammlung bei mir nicht stattfinden. Bitte. Als nun zur festgesetzten Stunde der Einberufer und eine Menge Genossen sich zu Herrn Milke begaben und ihn um Aufklärung ersuchten, stand er, daß es ihm unmöglich sei, sein Wort zu halten, indem er von verschiedenen Seiten angegangen worden wäre, es nicht zu tun. Er wußte wol ganz genau, daß er von Dreivierteln der Arbeiterklasse leben müsse, jedoch auch mit dem letzten Viertel könnte er es sich nicht verschmerzen. Schließlich machte er uns die entstandenen Kosten und wir zogen ab. Da machte er uns in Hellhammer beim Gastwirt Schmidt einen Betrug, seinen Saal zu erhalten. Dort wurde er uns, da der betreffende Wirt verschiedene Winkeltische gemacht hatte, umgehend abgeköllert. Auch am 23. März sollte hier im „Sonderlichen Saale, eine Allgemeine B. rgarbeiter-Versammlung stattfinden, in welcher Kamerad Siegel aus Westfalen sprechen wollte, doch auch diese wurde in letzter Stunde vereitelt. In dieser soll, wie die Sage geht, der Einberufer die Schuld tragen, indem er von der Polizei- Behörde und seinen Vorgesetzten eingeschüchtert wurde. Für Arbeiter, Bergleute des Waldenburger Kreises, hört! Zu Dreivierteln müssen die Gastwirte von uns leben, jedoch wenn wir einen Saal von ihnen wollen, da haben sie keinen! Daraus könnt ihr sehen, daß unter Geld ihnen wol sehr angenehm ist, und sie es als ganz selbstverständlich betrachten, daß wir zu ihnen kommen müssen. Darum rafft Euch auf und zeigt den Herren einmal, daß es auch ohne sie geht; überlassen wir ihnen 'mal allein das vierte Viertel zum Leben; ich glaube, es wird ganz bestimmt in kurzer Zeit anders werden! Ihr zielbewußten Arbeiter aus unter roten Erde hier, haltet die Wandlungsmittel und die Launen einmal 4 Wochen von den betreffenden Wirten zurück, die es verstehen, auf jede Art und Weise das Geld von uns zu nehmen, doch ihre Säle für uns nicht haben. Dann und so wohlbekannten Herren aber, die sich so viel

Mühe geben und uns jede Versammlung zu vereiteln wissen, denen rufen wir zu: Die Sozialdemokraten in ihrem Kampf, hält weder Dohs noch Giel auf! Bestanden!

Oblau. Unserem Bericht über das Unglück zu Nieren ist noch nachzutragen, daß auch der dritte Berufungsdie unter den heftigsten Schmerzen inzwischen verstorben ist.

Die Auslassungen über die hiesigen Schulverhältnisse haben hier in den weitesten Kreisen Erregung hervorgebracht. Unsere Mitteilung war jedoch noch zu rotha gehalten. Denn an der hiesigen Volksschule unterrichten in 20 Klassen nur 19 Lehrer incl. Rektor, wie wir von autoritativer Seite aufmerksam gemacht werden, sodas in mehreren Klassen noch Halbtag-Unterricht erteilt werden muß. Zur Anstellung des 20. Lehrers scheinen die Gelder nicht mehr zu reichen, und auch die eig. Regierung läßt Alles so dahin fahren.

Aber eine desto größere Fürsorge legt die Regierung zu Breslau wegen der hiesigen Mädchenschule an den Tag. Diese nur von „besseren“ Kindern besuchte Schule zählt gegenwärtig ca. 130 Schülerinnen, welche in 5 Klassen von 7 Lehrern resp. Lehrerinnen unterrichtet werden. Die Stadt hat bereits einen mehrere Tausend Mark betragenden Zuschuß zu zahlen, sodas 50-60 Mark jede Schülerin dem Steuerzahler kostet. Nun fordert jetzt die Breslauer Regierung, das Gehalt des Direktors abelt um 600 Mark zu erhöhen, sonst droht dieselbe, die Schule am 1. Oktober zu schließen. Die Stadtväter haben in ihrer Sitzung vom 8. d. beschlossen, sich beschwerbefähig an den Minister zu wenden. Herr Rektor Abelt giebt 20 Stunden Unterricht „pro Woche“ und bezieht einen Gehalt von 3000 Mark pro Jahr. Wenn man noch 3-4 Monate Ferien obdachtet, was kostet da so eine Stunde Unterricht? Um Antwort wird gebeten!

Besondere Aufregung hat noch die Nachricht betr. die Beteiligung der hiesigen Arbeiter bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen hervorgerufen. Mancher staatsfeindliche Bürger sieht schon den Untergang der guten Stadt Oblau, wenn die Sozialdemokraten den curullären Seisler erobernen. Kanonen aufpflanzen und niederschleßen, aber nur keine „Gigantarbeiter“ als Stadtverordnete, so äußerte in einem hiesigen Gasthause so ein j. vales Herrchen. Ist das der Kampf mit den gettlichen Waffen?

Sif-abahn-Angelegenheit. Die Eröffnung der Bahnstrecke Reichenbach-Langenbielau ist für Mitte Mai in Aussicht genommen. Die landespolizeiliche Abnahme der Strecke hat bis jetzt noch nicht stattgefunden, auch ist ein Termin hierzu noch nicht festgelegt.

Sohnau. Am 29. März, Nachmittags 5 1/2 Uhr, fand im Saale des Schützenhauses eine öffentliche Versammlung der Hirsch-Dunderrichen Gewerksvereine statt, in welcher der Maschinenbauer Klein in 1 1/2stündiger Rede referierte. Die Ausführungen des Herrn Klein waren dieselben, wie man sie von jener Seite stets zu hören bekommt. Nämlich auf der einen Seite verschwenderische Arbeiterfreundlichkeit, hingegen auf der anderen verstoßene Liebesblicke zum Kapital, indem sie mit letzterem koquettiren, um ihren egoistischen und widersinnigen Bestrebungen Vorhub zu leisten.

Die Haynauer Genossen hätten es wohl nicht der Mühe wert gehalten, einer solchen Versammlung Erwähnung zu tun, wenn uns nicht zuvörderst die „Breslauer Morgenzeitung“ Nr. 76 zu Gesicht gekommen wäre, die in jener Nummer einen derartig von Lügen und Verdrehungen der raffiniertesten Art froh. rden Bericht über obige Versammlung brachte, daß wir uns v. ranlastet sehen, diesen Lügenbericht als solchen zu kennzeichnen.

Also zur Sache. Der Korrespondent jenes Blättchens, dem nebenbei bemerkt, die Wahrheit ein Fremdwort ist, schreibt: An den Vortrag schloß sich eine sehr le. hafte Debatte, an welcher sich namentlich die zahlreich anwesenden Sozialdemokraten, meist junge Burschen, beteiligten. Dies ist von vornherein eine Lüge.

Wol haben sich ungefähr 12-15 bekannte Genossen den Epas nicht entgehen lassen wollen, zur Abwechslung wieder einmal etwas Harmoniedufel mit anzuhören, von denen sich 2 an der Debatte beteiligten, wovon der eine 25, der andere 32 Jahre und alle anderen anwesenden Genossen älter waren, jedoch glauben wir sicher, daß jener Korrespondent, der uns bekannt ist, um nichts älter ist, als irgend einer der erschie-nenen Genossen. Die Ausführungen von unserer Seite ernteten solch' günstigen Beifall, daß wir folgerichtig zu der Ueberzeugung gelangen mußten, daß die Haynauer Arbeiter-schaft doch nicht mehr so blind ist, um Alles gut zu heißen, was jene Harmoniegancker denselben vorspiegeln, sondern ganz gut fähig von echten Münzen unterscheiden können. — Ferner schreibt jener Korrespondent weiter, daß einer der Sozialdemokraten den Referenten über den Hamburger Tabakarbeitersstreik interpelliert hätte, welcher 500 000 Mark gekostet und resultatlos verlaufen sei, er meinte, daß die Gewerksvereine sich auch dieses Mittels bedienen mußten, um die Lage ihrer Mitglieder zu heben; die Abfertigung des Interpellanten hätte große Heiterkeit erregt. Dies ist ebenfalls Lüge. Den Tabakarbeitersstreik hat e Klein mit in seine Rede eingeflochten, brüdete sich aber sehr zweideutig darüber aus, als ob die sozialdemokratische Partei an dem Mißglück des Streiks Schuld gewesen sei, daß ein Genosse sich veranlaßt sah zu erwidern, daß der Tabakarbeitersstreik ein von Fabrikanten aufgezwungener, nicht ein frivol provozierter gewesen wäre wie es Klein hinstellte. Letzterer mußte darauf auch dieses zugeben, in dem er selbst erklärte, es hätte sich um das Koalitionsrecht der Arbeiter gehandelt, er redete aber gleichzeitig den Hamburger Tabakarbeitern nach, daß, indem sie scheinbar streik. en, in geheimen zu Hause auf dem Fensterbrett für die Fabrikanten gearbeitet, also Hintertüren benutzten, an dem der Streik gescheitert. Ferner schreibt der Korrespondent weiter: Ebenso wurde ein zweiter Sozialist abgefertigt, welcher den Gewerksvereinen den Vorwurf machte, daß sie nicht allein wirtschaftliche Gemeinlichkeiten seien, da sie bei Aufnahme ihrer Mitglieder Reverse hinsichtlich der politischen Richtung fordern. — Lüge Nr. 3. — Da der Referent hervorhob, daß die Gewerksvereine keine Politik traben, warf ein Genosse die Frage auf, wie dies mit seinen Ausführungen übererminime, da doch bei Aufnahme von Mitgliedern, denselben ein Reverse zur Unterschrift vorgelegt würde, in welchen sie sich erklären müssen, nicht der sozialdemokratischen Partei anzugehören. — Es bestritt ein Gewerksvereinsmitglied diese Tatsache, Herr Klein hingegen fühlte sich genötigt zu be-tennen, daß die Reverse wol bestanden aber jetzt nur noch

bet den Maschinenbauern in obigen Sinne verlangt würden, glaubte jedoch die Notwendigkeit der Reverse damit zu be-gründen, weil unter dem Sozialistengesetz die Sozialdemo-kraten, die Gewerksvereine zu sprengen versuchten, indem sie letztere zum Lummelplatz ihrer Ideen machten. Herr Klein wurde bei seinen weiteren Ausführungen so ausfällig im Allgemeinen gegen die Sozialdemokraten, wie speziell gegen den Fragesteller selbst, daß ein Anwesender, welcher betonte, nicht der sozialdemokratischen Partei anzugehören, den Re-ferenten in scharfer trefflicher Weise zurechtwies. Der Be-richt schloß folgendermaßen. Bei dem vom Vorstehenden ausgebrachten Hoch auf den Kaiser verließen die Sozialdemo-kraten den Saal unter Hochrufen auf Kaiserliche Majestät.

Durch diesen Schlußsatz zeigt sich die denunziatorische Hundeseele eines Korrespondenten in seiner ganzen Nacktheit. Die Versammlung wurde aufgelöst, da, während ein Gewerks-vereinsmitglied sprach, dasselbe öfter unterbrochen wurde, jedoch nicht von unserer Seite. Ueberhaupt haben sich trotz der unflätigen und unparlamentarischen gegen uns gerichteten Ausfälle des Herrn Klein und Konsorten die Genossen ruhig verhalten. Nach der Auflösung der Versammlung, als wir uns schon am Ausgange des Saales befanden, brachte der Vorstehende ein Hoch auf den Kaiser aus, während wir sogar, um nicht Gefahr zu laufen, wegen Majestätsbeleidigung denunziert zu werden, die Hüte abnahmen. Ein Arbeiter rief: „Hoch lebe die Sozialdemokratie!“ jedoch nachdem das Hoch auf den Kaiser verklungen war. Dem Korrespondenten des Schmutzblattes wollen wir nur eines raten, nämlich, wenn er wieder einmal den Drang, Bericht zu erstatten, fühlt, dann möchte er sich etwas mehr an die Wahrheit halten, sonst würden wir ihm eine ganz besondere Beachtung zu Teil werden lassen.

Kattowitz. Durch herabstürzendes Gestein getötet wurde in der Nacht zu Sonnabend auf dem Rosenbergwerke „Ferdinand“ bei Kattowitz der Bergmann Schreffitz aus Karbowa. Der Entsetzte hinterläßt eine Frau und sechs un-mündige Kinder.

Posen.

Posen. Die Polinnen - Germanisatoren. Die „Gaz. rob.“ erzählt nach Posener Zeitungen folgendes Pröbchen von Polenpatriotismus des Posener Adels. Der neue Regierungs-Präsident soll ein den Polen wohlgefingter Mann gewesen sein und wäre es ihm unangenehm gewesen, sich seines Amtes wegen mit der Germanisierung und Kolonisierung befassen zu sollen. Jedoch, nachdem man ihm gemeldet, daß in seinen Vorzimmern 150, sage hundertfünfzig polnische Damen mit der ergehenden Bitte seiner harren, daß er die Ge-wogenheit haben möge, ihre Güter zur Kolonisierung anzukaufen, da habe er denn doch sogleich seine Ansicht über die Polen geändert. — Und dieser Adel magt es, dem polnischen Arbeiterstand Mangel an polnischer Vaterlandsliebe vorzuerwerfen, wie die fortgesetzten An-griffe der polnischen Bourgeoispresse gegen die polnische Arbeiterpresse erweisen. Freilich, sie erblicken den Pa-triotismus nur darin, daß sie in den Landtag oder Reichstag gewählt werden, um von dort aus ihre Schäfchen ins Trockene bringen zu können. Sie fühlen wol schon, daß ihre Glocke bald ausgeschlagen haben wird, da das erwachte Volk bei nächster Gelegenheit andere, seinen Interessen besser entsprechende Ab-geordnete entsenden wird.

Posen. (Sachfengängerei.) Die Zahl der in diesem Jahre in anderen Provinzen Arbeit suchenden Personen ist gegen das Vorjahr bedeutend gestiegen. Nach den von der hiesigen Polizeidirektion gemachten Aufzeichnungen berührten den hiesigen Zentralsbahnhof in der Zeit von Anfang Februar bis zum 10. April im vorigen Jahre 1880, in diesem Jahre dagegen 4797 Sachfengänger, die zum weitaus größten Teile aus unserer Provinz stammen. Von auswandernden Personen passierten in derselben Zeit im vorigen Jahre 262, in diesem unseren Bahnhof.

Bereins- und Versammlungs-Anzeigen.

Schweidnitz und Umgegend. Sonntag, den 19 April, Nachmittags 3 Uhr: Allgemeine Volks-Versammlung für Männer und Frauen im Schießhaus-Saale in Schweidnitz. Referent Boginsky und Kühn. Eintrittspreis 10 Pf.

Auch die Genossen der Umgegend werden um ihr Erscheinen ersucht. Der Einberufer.

Oblau. Arbeiter-Verein Oblau und Umgegend. Sonntag, den 19. April, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Gasthof zur Stadt Dohs“. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht — Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Blumenau. Große Volksversammlung Montag, den 20. April, Abends 8 Uhr in Süptners Gasthof. — Referent und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. — Entree pro Person 5 Pf. Frauen und Mädchen sind willkommen. Der Einberufer.

Altwasser. Allgemeiner Arbeiter-Verein Altwasser, Sonnabend den 25. April von Abends 8 Uhr ab: Stiftungsfest, verbunden mit Tanz bei Streichmusik, Vorträgen ernst und humoristischen Inhalts. Der Vorstand. NB. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden, Mitgliedsbuch legitimiert. Eintrittspreis für Mitglieder 30 Pf., Gäste 75 Pf.

Brieg. Sonntag den 19. April, Nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Schuhmacher-Versammlung im „Deutschen Kriegerbund“ (früher hohe Post). Tagesordnung: 1. Die Lage des Handwerks und Zweck der Organisa-tion. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent E. Bahn, Breslau. Entree 10 Pf. Angehörige aller Berufe haben Zutritt.

Brieg. Die für Sonntag den 19. d. M. anuberäumende statutenmäßige Versammlung des Sozialdemo-kratischen Arbeiter-Vereins fällt, der Schuhmachers-Versammlung wegen, aus und findet Sonntag, den 26. April, statt. Der Vorstand.

Letzte Nachricht.

Privatdepesche der „Volkswacht“. Seestemilude. Bei der Reichstagswahl erhielten bis jetzt Stimmen: Bismarck (kons.) . . . 7342 Schmalfeld (soz.) . . . 3905 Plate (Welfe) . . . 3007 Adloff (frei.) . . . 2503 Die Stimmen einiger Bezirke fehlen noch. Somit Stichwahl zwischen Schmalfeld und Bismarck.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 16. April. Heiraths-Ankündigungen I. Wicefeldweber Julius Menzel, ev. Westend-Kaserne, und Mathilde Wandel, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 18. — Schneider Johann Koschnig, ev. Keizerberg 10, und Emma Kalitzki, ev., Keizerberg 3. — Schuhmann Heinrich Wenzel, ev., Dörfstraße 13, und Anna Heiko, ev., Messergasse 14. — II. Kaufmann Friedr. Bistitz, ev., Neue Taschenstraße 11, und Marie Bier, ev., Tauengien-straße 26a. — Post-Kassierer Eugen von Hepperg, evang., Tauengienstraße 26a, und Anna Maron, ev., zu Potsdam. Komptordienter Gustav Spiller, ev., Höfchenstraße 81, und Martha Scholz, kath., Sebowastraße 88. — III. Kunstgärtner Stanislaus Nachdorf, kath., Herstraße 30a, und Maria Heister, kath., Große Fürstenstraße 15. Eheschließungen I. Kaufmann Felix Bettfack, jüd., mit Rosalie Wendriner, jüd., hier. — Feuerwehrmann Robert Prauß, kath., mit Dorothea Kullmann, ev., hier. — Stells-macher Friedrich Rutsch, evang., mit Emilie Burke, ev., hier. — Heizer Emil Böhm, ev., mit Agnes Kruppa, ev., hier. — Haushälter Gustav Fröhlich, ev., mit Klara Wenzel, ev., hier. — II. Zimmermann Josef Wolf, kath., mit Auguste Händel, evang., hier. — Zuschneider Josef Sätzler, kath., mit Elisabeth Laßkusch, ev., hier. — Kaufmann Georg Cohn, jüd., mit Sophie Hamburger, jüd., hier. — Fleischermeister Theodor Klische, ev., mit Anna Kirsch, ev., hier. — Kaufmann Gustav Allenborn, jüd., mit Rosa Bernstein, jüd., hier. — III. Schmied Oswald Freudenberg, evang., mit Emma Loh, ev., hier. — Tischlermeister Josef Dumich, kath., mit Albertine Fiebach, kath., hier. — Maschinearbeiter Heinrich Hirtmann, evang., mit verw. Bertha Poser, geb. Asmus, evang., hier.

Briefkasten.

Sprechzeit der Redaktion: täglich von 12 bis 2 Uhr, Wilhelmstraße 1, III. **E. M., Freiburg.** Genosse A. hatte Recht. Nach der heute herrschenden Praxis ist es nicht zulässig, daß ein und dieselbe Person gleichzeitig Vorsther der zweier politischer Vereine sein darf. Es ist sogar schon bedenklich, wenn ein und dieselbe Person Mitglied zweier politischer Vereine ist. Wir eruchen dringend, bei Korrespondenzen für unsere Blätter stets nur eine Seite jedes Blattes zu beschreiben. Wer eine Idee hat, wie namentlich bei einem längeren Manuskript, das auf beiden Seiten des Blattes beschrieben ist, dadurch dem Leser die Arbeit erschwert wird, wird dies nie mehr tun. Eben-so empfiehlt es sich, einen breiten Rand zu lassen und nicht zu enge Zeilen zu schreiben. Die Redaktion.

Alle Zuschriften, Korrespondenzen lokalen und provinziellen Inhalts sind zu senden an die Redaktion der „Volkswacht“ Tages- und Wochen-Ausgabe, Kupferstraße 25, III. Parteigenossen! Verachtet des Preßfonds nirgend!

Ausstattungs-Geschäft Wild & Co.

Damen, Herren, Knaben- u. Mädchen- Confection. Preis und nach Maß.

Modewaaren, Cachemirs, (sch. u. coul., Kleiderstoffe, reines und Halbwole, jeden Genres etc.

Bettzeug, Dress, Feines, Grobdruck, Tischlucher, Julets, Servietten, Handlucher etc. etc.

In Jedermann Credit! Albrechtsstr. 13, 1. Wild & Co., Ausstattungs-Geschäft.

In Jedermann Credit! Albrechtsstr. 13, 1. Wild & Co., Ausstattungs-Geschäft.

Möbel, Polsterwaaren, Betten, Kissen- und Wand- Uhren etc.

Anzahlung ca. der 4. Theil. Abzahlung nach Uebereinkunft.

Hüte, Stiefel, Schirme für Herren und Damen etc.

Größt. Etabliss. dieser Art. Auf Theilzahlung. Princip: Großer Umsatz, Kleiner Nutzen.

Größt. Etabl. dieser Art. Auf Theilzahlung. Princip: Großer Umsatz, Kleiner Nutzen.

Täglich auch Sonntags geöffnet von 8 Uhr Vorm. bis 9 Uhr Abends.

Kinderwagen, Decken, Teppiche.

Feste Preise, constanteste Zahlungsbedingungen. Aufmerksl. Bedienung.

Albrechtsstraße Nr. 13, 1. Etage.

Surrah! Surrah!

bei E. Neubauer

Ist ein kleiner Sozialdemokrat da. Der Freund in Grabschen. Durch die glückliche Geburt eines trammen Jung n wurden hocherfreut Rob. Bartsch nebst Frau.

Unserem Freund und Genossen, dem Tischler

Paul Kühn

u seinem heutigen Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche.

Seine Freunde

W. I. E. E. P. S.

Oblau!

Allen Freunden und Genossen empfehlen wir Hüte in verschiedenen Facons u. Farben mit Arbeiter-Schuldnarke, welche dafür bürgt, daß den Arbeitern gerechter Lohn wurde. Zu haben bei Richard Wirschwitz Brauhausgasse bei Fleischermeister Otto. Die Oblauer Genossen.

Ein freundi. Logis

bei einem Genossen zu verm., wo, sagt ie Erheb. d. Bl.

Cigarren

aus gut brennendem u. rein schmeckenden Tabaken à 5, 4 und 3 Stück für 10 Pf und 5, 6-10 Pf à Stück, anerkannt beste Marken, sowie Rauch-, Kau- u. Schnupftabake

und Cigaretten empfiehlt billigt

J. Gnoffalla, Lothstraße 9.

Filiale:

Ede Friedrich- u. Höfchenstr. 25.

Gammli.

Ist. Gammli-Artikel 1, 2, 3 A p. 248

Max Sander.

Breslau, ReuscheStrasse 58/59.

Achtung!

Große öffentliche Versammlung

der Schlosser, Maschinenbauer u. verwandte Berufsgenossen

Montag, den 20. April, Abends 8 Uhr

im Café restaurant, Carlsstr. 37.

Tages-Ordnung.

1. Wie organisiren wir uns?
2. Stellungnahme zu dem am 1. Juni stattfindenden Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt a. Main (eventuell Wahl von Delegirten).
3. Beschlußwes.

Referent: Oskar Schütz.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Entree 10 Pfg.

Der Einberufer.

!! Arbeiter !!

kaufen. Wolle Hemden für 12 Pf. Arbeitshosen von 2.50-7.- Pf. Joden, Blousen, Arabaten, Damen- und Kinderkleider reell, dauerhaft und billig nur bei H. Glauer, Friedrichstraße 51 vis-à-vis Sattlerstraße.

Sumatra,

gute, weißfärbende Decken, à Pf. 1.80 Marke bis 5.00 Mark, staubfreien Grus, à Pf. 50 Pf., à Ctr. 45 Mark, sowie sämtliche Rohstoffe, zu billigen Preisen offerirt

Johannes Kabis, Eisenmarkt 1.

Billig und reell

kauft man Uhren, Gold- und Silberwaren.

Reif goldene Trauringe 6 Pf. goldene Ringe und Ohrringe 4 Pf. silb. Uhren, f. gut wie neu, 6 Pf., Reimontuhr-Uhren 15 Pf., gold. Damen-Uhren 18 Pf., Armbänder, Seiten gold. Kette, Medaillon, Granat Corallenbroden und Adeln, Regulatoren, Wand- und Feder-Uhren zu Preisen, welche kein anderes Geschäft bieten kann.

Alle Uhren, Gold- und Silberwaren nehme in Zahlung.

R. Walker,

29, Messergasse Nr. 29.

Großes Lager

aller Arten fertiger Böttchergefäße

empfehlen Paul Simon, Böttchermesser, Alsbücher-Straße 57. Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.

Billiger als Ueberall

empfehle in nur reeller Waare:

- Herren-Anzüge schon von 10 Mk. an.
- Beinkleider " " 2,50 " "
- Knaben-Anzüge " " 2 " "
- Ueberzieher " " 9 " "

Eduard Freund

57, Reuschestraße 57, Ede Hinterhäuser.

Siechen erscheint im Verlage von Otto Berger, Berlin SW. Gellmannstraße 6.

Der Kaufmann und die Sozialdemokratie

von Albert Auerbach.

3 Bogen stark. Preis 50 Pf.

Der Verfasser der vorliegenden Broschüre, welcher als sozialistischer Agitator bekannt, besonders in den Kreisen der Kaufleute die Ideen der Sozialdemokratie vertritt, legt in kritischer wie in überzeugender Weise die Verhältnisse im kaufmännischen Berufe klar und bepricht die Stellung des Kaufmanns, sowohl des selbständigen wie die des Angestellten, zur Sozialdemokratie. Somit dürfte die Schrift gerade zur Zeit der Wacrhun; der Gewerbeordnung-Novelle in den Kreisen der Positiver, Kaufleute u. hohes Interesse erregen. Auch zu beziehen durch die Expedition der „Volksmacht“.

Litterarisches.

Von den „Sichtstrahlen“, Blätter für volkverständliche Wissenschaft und alltägliche Weltanschauung (Dresden, Verlag von D. Garnisch) ersch an hochen das 14. Heft. Inhalt: Die soziale Frage und ihre Lösung (Schl. S. Hermann Sommer. — Hausiere und Kulturverdingung (Schulz statt Fortsetzung. Von C. G. Hermann. — Unsere Frühlingszeit (Fortsetzung statt Schl.). Von C. G. Hermann. — Vortellungsreis des Fetischismus. Ein Beitrag zum Fortleben der Seele nach heidnischen Begriffen (Schulz). Von Hermann Zeißler. — Litterarisches. — Kleine Mitteilungen. — Beilage: Moderne Familienbibliothek: Albertine. Von Christian Krogh (S. 73-83); Kaiserinseilige. — Die „Sichtstrahlen“ sind durch sämtliche Buchhandlungen und Kolportare zu beziehen. Von der Post (Zeitungspreisliste Nr. 3621a) bezogen, beträt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 1,35.

Gustav Nowak BRESLAU Friedr.-Wilh.-Str. 76 Hut- und Schirm-Fabrik



Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Aus der Genossenschafts-Hutfabrik in Berlin ist ein b-dantender Posten feiner und eleganter Herren-, Knaben- und Kinderhüte mit Arbeiter-Control-Markie eingetroffen und empfehle man komplettes assortiertes

Grosses Hutlager

geringerer, besserer sowie feinerer Seiden-, Haar- nach Wallhüte einer geringsten Beachtung. Bei großer Auswahl wird Jedem ein seinem Geschmack freng reell bedient. Ferner empfehle in billiger und feiner Waare

Strohüte, Mützen

für Herren und Knaben in Stoff, Zicot und Sammet.

Sonnen- und Regenschirme

in großer Auswahl für Damen, Herren und Kinder. Eigenes Fabrikat, solide Arbeit, in jeder Preislage. Hut- und Schirmreparaturen schnell und sauber. Versandt nach Außerhalb gegen Nachnahme. Bei Bestellung auf Güte ist die Kopiezeit nach Centimeter, sowie Form, Farbe und Qualität anzugeben, Nichtkonvenientes wird bereitwillig ausgetauscht.